

Frauen.Wissen.Wien. Nr. 10:

Klima & Geschlecht

Warum Klima(politik)
gender-relevant ist



Impressum

Medieninhaberin Frauenservice Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 3, 1082 Wien

Abteilungsleiterin Marion Gebhart

Redaktion Karima Aziz, Claudia Throm

Lektorat Karin Lederer

Grafik Claudia Schneeweis-Haas

Druck Druckerei der Stadt Wien

ISBN 978-3-902845-52-8

www.frauen.wien.at

© Wien, Oktober 2020

Frauen.Wissen.Wien. ist eine Publikationsreihe des Frauenservice Wien



Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der Klimawandel geht uns alle an, doch ist Klima(politik) auch genderrelevant?

Genau dieser Frage widmet sich die 10. Ausgabe der Publikationsreihe „Frauen.Wissen.Wien.“ des Frauenservice Wien unter dem Motto „Klima & Geschlecht“. Ziel ist es, die Diskussion über Klima aus einem weiblichen Blickwinkel zu öffnen.

Die Publikationsreihe „Frauen.Wissen.Wien.“ des Frauenservice Wien beschäftigt sich mit feministischen Themen, aktuellen frauenpolitischen Debatten sowie vergangenen Konferenzen und Schwerpunkten des Frauenservice Wien.

In der aktuellen Ausgabe setzen sich die Beiträge mit den Herausforderungen des Klimawandels auseinander. Letztere betreffen uns alle in unterschiedlicher Weise. So spüren Frauen, Kinder und Ältere die Auswirkungen des Klimawandels weltweit stärker.

Als Frauenstadträtin ist es mir ein Anliegen, dass frauenspezifische Aspekte des Klimawandels zum Thema werden. Und: Klimapolitik muss geschlechtergerecht gestaltet werden.

In unserer 10. Ausgabe von „Frauen.Wissen.Wien.“ werden genderrelevante Klima-Debatten aufgegriffen und so die Diskussion über den Klimawandel für eine weibliche Perspektive geöffnet.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihre Wiener Frauenstadträtin

Kathrin Gaál

Inhalt

Klara Butz, Fridays For Future
Fridays For Future und Gendergerechtigkeit 7

Wolfgang Pekny, Eva Dobeiner und
Michael Schwingshackl, Plattform Footprint
**Der ökologische Fußabdruck und
die Genderperspektive** 19

Beate Littig
**Die sozial-ökologischen Zukünfte
der Arbeitsgesellschaft.
Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme** 35

Noura Maan
**Hysterie und Zöpferldiktatur –
Sexismus in der Klimadebatte** 49

Klara Butz, BSc BSc, studiert Meteorologie im Master und ist Klimaaktivistin bei Fridays For Future. Dort engagiert sie sich seit einem Jahr hauptsächlich in den Bereichen zu Hochschulpolitik und nachhaltigen Finanzsystemen. Neben Vorträgen und Planungen führt sie vor allem Gespräche mit Schlüsselpersonen dieser Bereiche und setzt sich für klimagerechtes Umlenken ein. Auch weil die Klimakrise nicht ohne Gendergerechtigkeit gedacht werden darf, befasst sie sich in ihrer Freizeit liebend gerne mit Diskussionen zum Thema Feminismus.

Klara Butz, Fridays For Future

Fridays For Future und Gendergerechtigkeit

FRONTFRAUEN BEI FRIDAYS FOR FUTURE

Wenn Menschen an Fridays For Future (im Weiteren mit FFF bezeichnet) denken, haben sie schnell das Bild von Greta Thunberg im Kopf. Die junge schwedische Aktivistin, die sich im August 2018 mit ihrem Schild „Skolstrejk för klimatet“ (Schulstreik für das Klima) vor das schwedische Parlament platzierte, bewegt seitdem Millionen Menschen dazu, an Freitagen für das Klima zu streiken. Die weltweite Bewegung hat viele Gesichter; ob und wer in dem jeweiligen Land besonders im Mittelpunkt steht, ist jedoch Entscheidung der lokalen FFF-Gruppe selbst. So ist in Deutschland vor allem Luisa Neubauer bekannt, in Belgien Anuna De Wever, in Uganda Vanessa Nakate und international weiterhin Greta Thunberg. Die jungen Frauen sind bestimmt auch ein Grund dafür, wieso die Klimabewegung als mehrheitlich weiblich wahrgenommen wird.

In Österreich wurde FFF am 21.12.2018 ins Leben gerufen, der erste Streik fand an diesem eiskalten Dezemberfreitag in Wien statt. Insgesamt nahmen um die 20 Personen teil und gingen mit Schildern am Heldenplatz im Kreis. Die österreichische FFF-Bewegung entschied sich seit ihrer Bildung bewusst gegen eine Frontperson. Wir sind viele und das sollen auch alle sehen. Außerdem engagieren wir uns alle freiwillig bei FFF; einer einzigen Person wäre die Anzahl der Anfragen, die wir erhalten, auf dieser Basis nicht zumutbar. Immerhin gehen die meisten von uns noch zur Schule oder studieren und müssen oft nebenbei trotzdem auch Geld verdienen.

Frontpersonen werden schnell zur Zielscheibe jeglicher Hassbotschaften von GegnerInnen und Internet-Bots, und dem möchten wir keine junge Person aussetzen. Gerade Frauen erfahren hier noch eine sexistische Ebene, die so bei Männern nicht vorkommt und zusätzlich persönlich belastend sein kann. Wir kritisieren oft große Konzerne, die Millionen Euro in die Strukturen fossiler Energieträger investiert haben und kein Interesse haben, demnächst davon Abstand zu nehmen. Diese Konzerne sehen sich durch uns in ihrer Existenz bedroht – auch diese sollen keine Einzelpersonen als Zielscheibe haben. Eine Bewegung vieler Gesichter zu sein ist also auch eine Art Selbstschutz vor Negativem. Diese Entscheidung findet sich im Selbstverständnis von FFF Wien wieder: „Wir haben als Bewegung viele Gesichter und tragen diese Vielfalt medial nach außen.“ Oft werden uns die Vorteile einer Bewegung mit bekanntem Gesicht aufgezählt, diese sehen wir auch. Unser Narrativ profitiert jedoch von Vielfältigkeit.

Das Bild, dass FFF vorrangig weiblich ist, verstärken auch die Medien, die vermehrt nach Terminen mit weiblichen Personen fragen. Ich vermute, dass die Anfragenden oft eine gewisse Geschlechterbalance auf dem Podium erzielen möchten, und weil meist zu viele männliche Experten und Männer aus Vorstandsebenen eingeladen werden, fragen sie bei uns nach Frauen an. In anderen Fällen passt es ihnen wohl eher in die Story, die erzählt wird.

In diesem Beitrag werde ich mich hauptsächlich auf FFF Wien und FFF Österreich beziehen, weil ich in diesen Gruppen am stärksten involviert bin. Trotzdem kann ich manche Behauptungen nur ungefähr abschätzen, diese werde ich auch als solche kennzeichnen. Um das Thema in einen größeren Kontext zu setzen, werde ich anschließend noch erläutern, wieso Frauen grundsätzlich stärker von der Klimakrise betroffen sind.

WER KOMMT DENN ZU EINEM KLIMASTREIK? EINIGE ZAHLEN¹

Die Protestbewegung FFF wird weltweit auf sozialwissenschaftlicher Ebene untersucht. So wird auch erhoben, welche Bevölkerungsgruppen hauptsächlich an den Streiks teilnehmen. Die letzten großen Demonstrationen, zu welchen ich Daten zitieren kann, fanden im März und im September 2019 statt. Diese beiden Streiks fanden in über hundert Ländern statt, es nahmen jeweils über eine Million Menschen teil. Insgesamt ließ sich feststellen, dass global gesehen ungefähr ein Drittel bis die Hälfte der TeilnehmerInnen unter 19 Jahre alt war. Spannend ist jedoch, dass diese Werte von Stadt zu Stadt stark variieren: In Warschau, Polen, waren im September 73 Prozent unter 19 Jahre alt, während diese Altersgruppe in Malmö, Schweden, nur ungefähr fünf Prozent ausmachte. Ich vermute, dass diese Unterschiede zu einem Teil auch mit dem autonomen Aufbau der Fridays-Landesgruppen zusammenhängen, sowieso natürlich mit den unterschiedlichen Demonstrationsskulturen der einzelnen Staaten.

Am 31. Mai 2019 besuchte Greta Thunberg einen Klimastreik in Wien. Im Zuge dessen wurde auch untersucht, ob ihre Person und ihre Anwesenheit Auswirkungen auf das Interesse an Klimathemen hatte. Überraschenderweise wurden vor allem Erwachsene (Personen über 25 Jahren) von Thunberg beeinflusst und äußerten im Mai höheres Interesse an der Klimakrise aufgrund von Greta. Bei dem Earth Strike im September zwei Tage vor der Nationalratswahl sagte ein Drittel der Erwachsenen, dass Greta Thunberg ihre Entscheidung beeinflusste, dem Streik beizuwohnen. Das finde ich interessant, weil somit offenbar vor allem Erwachsene eine Frontfigur benötigen, wohingegen die Jugend eher aufgrund der Themen und der Bewegung streiken geht.

¹ Joost de Moor, Katrin Uba, Mattias Wahlstrom, Magnus Wennerhag und Michiel De Vydt (Hg.) (2020). Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20–27 September, 2019, in 19 cities around the world. (Mit freundlicher Genehmigung von Univ.-Prof. Dr. Antje Daniel, B.A. MA)

Wie sieht die Geschlechterverteilung bei den Streiks aus? Global gesehen identifiziert sich ein Großteil der TeilnehmerInnen der FFF-Demonstrationen als weiblich – beinahe 60 Prozent im weltweiten Mittel. Vor allem bei den Menschen unter 19 Jahren ist der Frauenanteil besonders hoch, er beträgt über 71 Prozent bei den untersuchten Streiks. Dieses Bild zieht sich praktisch durch alle Altersgruppen. Auch in Wien betrug der Frauenanteil bei allen untersuchten Demonstrationen dieses Zeitraums mehr als die Hälfte. Somit bestätigt sich also die Wahrnehmung der Bevölkerung, die Klimadebatte sei zu großen Teilen von Frauen geführt.

Spannend finde ich die Tatsache, dass sich auch bei den Streiks mehrheitlich Frauen beteiligen, jedoch allemal. Die Klimakrise betrifft uns alle, sie ist kein dezidiertes Frauenthema. Trotzdem setzen sich mehr Frauen für das Thema ein als bei vergleichbaren Bewegungen, die gegen andere geschlechterunspezifische Probleme auftreten. Womöglich spielen hierbei mehrere Faktoren eine Rolle: Einerseits zeigen die Medien verstärkt junge Frauen, wodurch sich wiederum andere junge Frauen ermutigt fühlen könnten, sich für das Klima stark zu machen. Andererseits sehe ich unsere Generation als eine sehr emanzipierte; junge Frauen trauen sich vermehrt Dinge zu, die für junge Männer einfach scheinen, und grundsätzlich hilft es in dieser Hinsicht bestimmt auch, dass FFF darauf achtet, welche Personen im Bild stehen.

DIE GRUNDSÄTZE VON FRIDAYS FOR FUTURE IN ÖSTERREICH

Fridays For Future Österreich hält viermal im Jahr ein sogenanntes Bundesplenum ab. Bei diesem mehrtägigen Treffen werden Entscheidungen, die alle FFF-Gruppen des Landes betreffen, ausführlich

diskutiert und anschließend abgestimmt. Bei dem allerersten österreichweiten Vernetzungstreffen am 13. April 2019 wurden Grundsatzdiskussionen geführt und letztendlich wurden im Konsens die sieben Grundsätze von FFF Österreich beschlossen. Diese gelten sowohl für alle Regionalgruppen als auch für die nationale Zusammenarbeit.

Ich möchte hier nur die ersten beiden Grundsätze² anführen:

1. Wir sind eine von der Jugend ausgehende Bewegung, die alle Menschen anspricht und zusammenbringt.
2. Unser Ziel ist die Einhaltung des 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens und globale Klimagerechtigkeit. Wir kommunizieren unsere Ziele auf positive Art und Weise.

Genderthemen werden in diesen Sätzen zwar nicht explizit angesprochen, jedoch sind sie implizit definitiv enthalten. Ein zentraler Begriff hierbei ist Klimagerechtigkeit. Die Forderung nach Klimagerechtigkeit ist ein Zusammendenken ökologischer und sozialer Gerechtigkeit. Die Folgen der Klimakrise treffen gesellschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen zuerst und am härtesten – sowohl lokal als auch global. Und das, obwohl diese am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben. Die Gründe dafür werden im nächsten Kapitel erläutert. Klimaschutz ist somit eng mit sozialer und globaler Gerechtigkeit verbunden. Unserem Verständnis nach kann also das Erreichen der Klimaziele nur im Einklang mit Gerechtigkeit, Antirassismus und Rücksicht auf den Globalen Süden geschehen.

Dieses Narrativ ist auch jenes, welches wir nun verstärkt behandeln und kommunizieren möchten. Im ersten Jahr

² <https://fridaysforfuture.at/about>
(zuletzt aufgerufen am 4. August 2020)

der FFF-Bewegung in Österreich war eines der primären Ziele klarzustellen, dass der Handlungsbedarf bei der Politik liegt und diese endlich auf wissenschaftliche Erkenntnisse hören muss. Zwar ist dieses Ziel noch längst nicht vollständig erreicht, dennoch finden wir es wichtig, unseren Fokus von nun an auch auf klimagerechte Handlungen zu legen und die Klimakrise in ihrer komplexen Bandbreite darzustellen.

Zurück zum ersten Grundsatz. Wir sind demnach eine Bewegung, die alle Menschen ansprechen und zusammenbringen möchte. Würden wir Gendergerechtigkeit und Genderthemen nicht ernst nehmen, könnten wir diesen inklusiven Anspruch an uns auch nicht stellen. Alle Menschen finden bei uns einen Platz, wir unterstützen uns gegenseitig und schließen niemanden aus – Voraussetzung ist jedoch immer die Einhaltung unserer Grundsätze und Selbstverständnisse.

Genderthemen sind keine alleinige Aufgabe einer einzelnen Gruppe, sondern müssen überall behandelt werden. Wir haben bei uns viele wachsame Augen, die immer darauf achten, dass unsere Außenkommunikation auch unsere internen Strukturen widerspiegelt. Wenn wir zu Terminen gehen, achten wir auf Genderparität. Dies gelingt uns jedoch nicht immer, weil wir ja trotzdem auch auf die zeitlichen Kapazitäten der AktivistInnen Rücksicht nehmen müssen. Vor einiger Zeit kam es somit beispielsweise dazu, dass bei einem Termin mit einem Politiker vier Männer waren und nur eine Frau.

Solche Bilder diskutieren wir dann intern und besprechen die Botschaft, die damit unabsichtlich vermittelt werden könnte. Auf der Straße viele Frauen und bei Gesprächen mit der Politik dann wieder nur Männer? Wir haben so viele junge Frauen, die unsere Inhalte großartig mitteilen können. Genau denen

möchten wir natürlich auch eine Bühne bieten, auch wenn es uns manchmal offenbar nicht gelingt. Aber auch wir sind nicht perfekt und arbeiten konstant und kritisch an unseren Fehlern.

Um zu erheben, wie die Geschlechterverteilung bei FFF Wien momentan ist, habe ich die Namen in unseren Organisationsplattformen, in denen wir primär arbeiten und kommunizieren, analysiert. Zugegeben, diese Erhebungsmethode ist nicht akkurat, weil ich anhand von Namen nicht unbedingt auf das Geschlecht schließen kann und die Kategorie „divers“ damit auch nur schwer festzustellen ist, aber vielleicht eignet sich die Untersuchung als erster Anhaltspunkt. Demnach sind 56 Prozent der aktiven AktivistInnen weiblich und 44 Prozent männlich. Diese Zahlen stimmen auch ungefähr mit den Demonstrations-Erhebungen überein.

In Wien sind wir in über 30 Arbeitskreise gegliedert, welche sich mit den unterschiedlichsten Themen auseinandersetzen: Neben der Organisation der bekannten Freitagsstreiks kümmern sich Menschen um Social-Media-Beiträge, Pressearbeit, Technik, Internes, Strategien, Kreativaufgaben, Politik und um viele, viele weitere Aufgaben. Ich habe demnach keinen Einblick in alle Arbeitskreise von FFF Wien, also kann ich wieder nur Schätzungen zu den Geschlechterverteilungen äußern. Grundsätzlich würde ich sagen, dass die Arbeitskreise zur Mobilisierung von SchülerInnen eher von Frauen besetzt sind, während strategische Kreise höhere Männeranteile aufweisen. Jedoch bemühen wir uns auch hierbei, dass alles möglichst ausgeglichen verteilt wird.

Zusätzlich zu all diesen Arbeitskreisen wurde vor einigen Monaten der Arbeitskreis Diversität gegründet, um Themen wie die Einbindung von People of Color, Barrierefreiheit und Gendergerechtigkeit auch innerhalb unserer

Strukturen zu festigen. Wenn die Kommunikation – intern oder extern – nicht richtig scheint, dann melden sich auch Stimmen aus diesem Kreis.

Selbstverständlich scheint Gendern im Alltag für uns zu sein. Wie könnte es eine junge Bewegung, die alle inkludieren möchte, auch anders machen! Gängig ist das Gendersternchen (Beispiel: Aktivist*innen) in geschriebenen Texten, bei Gesprächen gendern wir alle unterschiedlich. Wenn eine Person nicht gendert, fällt es viel stärker auf als in anderen Umfeldern. Manchmal wird darauf auch aufmerksam gemacht, das hängt jedoch stets von Einzelpersonen ab. Für mich persönlich ist das eine Selbstverständlichkeit, weil wir mit unserer Sprache auch vieles bewegen können. Gerade hiermit können wir auch verdeutlichen, dass tatsächlich alle von der Klimakrise betroffen sind – wenn auch eben einige Bevölkerungsgruppen der Problematik stärker ausgesetzt sind als andere.

WIESO FRAUEN VON DER KLIMAKRISE STÄRKER BETROFFEN SIND

Die Klimakrise beinhaltet wichtige, geschlechterspezifische Aspekte, die oft im ersten Moment scheinbar gar nicht wahrgenommen werden. Immer öfter berichten aber auch Medien von diesen Aspekten und zeigen auf, dass die Frage der Klimagerechtigkeit auch eine Genderfrage ist. Sozialwissenschaftlich lässt sich bestätigen, dass Frauen tendenziell stärker von der Klimakrise betroffen sind – genau darauf möchte ich in diesem Abschnitt eingehen.

Aufgrund klassischer Geschlechterrollen in den sozialen Konstrukten unserer Welt sind Frauen grundsätzlich öfter in Armut, haben weniger Eigentum und schlechten

Zugang zu Informationen und Bildung. Die Kleidung, die den Geschlechterrollen entspricht, ist oft einschränkend und sorgt neben der Rolle als Hausfrau verstärkt für geringere Mobilität. Mit dem Klimawandel gehen vermehrt Extremwetterereignisse wie Stürme oder Dürren einher, bei welchen Frauen durch ihre ohnehin schlechtere Situation schwieriger und langsamer fliehen können. Vor allem im Globalen Süden sind Frauen somit stärker von der Klimakrise betroffen.³

Jedoch lassen sich diese geschlechterspezifischen Vulnerabilitätsunterschiede nicht nur im Globalen Süden feststellen: Auch in Europa treffen die Folgen der Klimakrise vermehrt Frauen. Bei der großen Hitzewelle im Jahr 2003 starben um 75 Prozent mehr Frauen als Männer gleichen Alters.⁴ Nicht nur der Gesundheitszustand, sondern auch soziale Faktoren wirken sich auf die Lebenserwartung von Frauen und Männern bei Katastrophenfällen aus. Wenn die ökonomische und soziale Stellung von Frauen in einem Land besonders gut ist, ist auch mit einer höheren Lebenserwartung der Menschen zu rechnen.⁵

In Städten sind Hitzerekorde längst nicht mehr überraschend; die Zahl der extrem heißen Tage steigt stetig an. Während darunter natürlich vor allem die ältere Generation leidet, sind auch im Allgemeinen einkommensschwache Bevölkerungsgruppen exponiert. Ihre Wohnräume sind meist schlechter durchlüftet und somit wärmer und stickiger als jene reicherer Bevölkerungsschichten. Die Frage der Klimagerechtigkeit ist also nicht nur eine Frage von Globalem Norden und Süden, sondern auch eine von Geschlecht und Einkommen.

Klimaschutzmaßnahmen müssen also sozial verträglich sein und dürfen bereits gesellschaftlich benachteiligte Gruppen nicht zusätzlich belasten. Jene, die die

3 Bauriedl, Sybille: Geschlechterverhältnisse und Klimawandel: Ein Systematisierungsvorschlag vielfältiger Wechselwirkungen. In: Çağlar, Gülay; Castro Varela, Maria Do Mar und Helen Schwenken: Geschlecht – Macht – Klima: Feministische Perspektiven auf Klima, Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, 2012. Print. Politik Und Geschlecht, S. 23.

4 WEN – Women's Environmental Network (2010): Gender and the climate agenda. The impacts of climate change on women and public policy. [www.gdnonline.org/resources/Gender and the climate change agenda](http://www.gdnonline.org/resources/Gender_and_the_climate_change_agenda) 21.pdf In: [3]

5 Neumayer, Eric; Plümper, Thomas (2007): The gendered nature of natural disasters. The impact of catastrophic events on the gender gap in life expectancy, 1981–2002. In: *Annals of the Association of American Geographers* 97(3), S. 551–566. In: [3]

Klimakrise und Zerstörung der Lebensgrundlagen verursachen und davon profitieren, müssen dafür verantwortlich gemacht werden. Sie müssen Schäden beheben, entschädigen und weiteren vorbeugen. Im Pariser Abkommen 2015 wurde festgelegt, dass sich reiche Industrieländer zu „absoluten gesamtwirtschaftlichen Emissionsreduktionszielen“ verpflichten müssen, während weniger industrialisierte Länder dazu lediglich „ermutigt“ werden (gemäß Artikel 4, Absatz 4).⁶ Diese Formulierung hängt nicht zuletzt auch mit der wohlhabenden Situation des Globalen Nordens und deren historisch akkumulierten Emissionen zusammen.

DIE UHR TICKT

Die Klimakrise betrifft also vor allem Frauen, Menschen im Globalen Süden und gesellschaftlich schlechtergestellte Gruppen. Das bedeutet aber keineswegs, dass jegliche andere Bevölkerungsgruppen davon nicht beeinträchtigt sind und sein werden. Die Klimakrise geht uns alle an und wir alle haben daran zu arbeiten, dass Vermeidbares verhindert wird. Der Globale Norden hat schleunigst zu handeln – Regierungen, Konzerne und andere Systeme müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein und jetzt Maßnahmen setzen.

Unsere Aufgabe dabei ist es, gesellschaftlichen und politischen Druck auszuüben, damit endlich in entsprechendem Maße und im Einklang mit dem 1,5°C-Ziel gehandelt wird. Fridays For Future ist eine inklusive Bewegung; sie schließt nicht aus, sie unterstützt, wenn es ihr möglich ist. Außerdem leben wir im 21. Jahrhundert – wie kann sich eine heutige Bewegung überhaupt die Frage stellen, welchen Stellenwert Gendergerechtigkeit für sie hat? Gendergerechtigkeit zu leben sollte für

⁶ UNFCCC: Übereinkommen von Paris, 12. Dezember 2015. Online: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf (zuletzt aufgerufen am 2. August 2020)

Organisationen, Vereine und Bewegungen heutzutage eine Selbstverständlichkeit sein. Für Fridays For Future ist es das auf jeden Fall. Alles andere könnte sich FFF ehrlicherweise auch nicht leisten: Wir brauchen jede Person, die sich hinter unsere Forderungen stellt. Wir können es uns nicht leisten, nur für weiße Männer der Elite da zu sein (und wir wollen es sowieso nicht).

Die Anzahl an Extremwetterereignissen steigt und das liegt nachweislich an den steigenden CO₂-Emissionen. Einem Sturm ist es egal, wen er in den Ruin treibt. Einer Hitzewelle auch. Die Uhr tickt, unser globales CO₂-Budget für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist beinahe aufgebraucht. Fossilen Großkonzernen ist das CO₂-Budget, welches wir insgesamt noch ausstoßen dürfen, jedoch egal, solange ihr eigenes Budget passt. People over Profit heißt aber unsere Devise und dementsprechend handeln wir auch. Laut und unermüdlich, für die Zukunft aller Menschen und für jene des Planeten. Sozial gerecht, gendergerecht, KLIMAGERECHT.

Plattform Footprint ist eine Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen, die den ökologischen Fußabdruck als wesentliche Maßzahl für Zukunftsfähigkeit verankern will und mit Vorträgen, Workshops, Forschungsprojekten und Bildungsmaterialien Menschen, Kommunen und Unternehmen am Weg in eine nachhaltige Zukunft anleitet. (www.footprint.at)

Wolfgang Pekny, geboren 1956 in Wien, Biologe und Aktivist mit mehr als 40 Jahren Erfahrung beim Umsetzen zivilgesellschaftlicher Anliegen. Lehraufträge zu Footprinting und Ökobilanzierung sowie Unternehmer mit der Unterlassungsberatung footprint-consult.

Eva Dobeiner-Madaras, geboren 1968, Landschaftsökologin, verbindet Familie, Beruf und Berufung als Selbständige in der Nachhaltigkeitsbildung (u. a. ERASMUS+, Sinnbildungsstiftung).

Michael Schwingshackl, geboren 1980, Weltbürger und Verkehrstechniker mit Überblick. Emissionsmodellierungen im Verkehr und Lehraufträge zu Ökobilanzierung und Green Supply Chain Management.

Wolfgang Pekny, Eva Dobeiner und Michael Schwingshackl,
Plattform Footprint

Der ökologische Fußabdruck und die Genderperspektive

Fünfundzwanzig Jahre nach Einführung als Maßzahl für Nachhaltigkeit ist der ökologische Fußabdruck⁷ heute fast zu einem Alltagsbegriff geworden. Ungeachtet dessen ist die Wissenschaft dahinter noch kaum verstanden. Ganz besonders wenig ist darüber bekannt, wie sich der Fußabdruck nach Gender-Gesichtspunkten differenziert.

Ein subjektiver Versuch zur Bestandsaufnahme.

WELT AUS DEM GLEICHGEWICHT – DER ZU GROSSE ÖKOLOGISCHE FUSSABDRUCK

Wie kein zweites naturwissenschaftliches Maß erlaubt der ökologische Fußabdruck, die ökologischen und die sozialen Notwendigkeiten zu verbinden. Der ökologische Fußabdruck („Footprint“) ist dabei ein einfach zu vermittelndes Maß für die Begrenztheit der Erde. Er bemisst die Summe der durch den Konsum von Waren, Energie und Dienstleistungen in einem Jahr in Anspruch genommenen Bio-Kapazität (vereinfacht: die produktiven Land- und Wasserflächen) der Erde, unabhängig davon, wo auf der Welt diese Inanspruchnahme passiert.

Da die Erde nicht wachsen wird, ist jede Biokapazität, die über das faire Maß in Anspruch genommen wird, einem anderen Menschen vorenthalten. Rein rechnerisch stehen jeder Erdenbürgerin und jedem Erdenbürger heute etwa 1,6 globale Hektar (gha) an bioproduktiver Fläche zur Verfügung. Mit etwa 6 gha beanspruchen die Österrei-

7 Achtung: Der ökologische Fußabdruck beinhaltet auch die Aspekte des Klimawandels, steht aber in keiner linearen Beziehung zum sogenannten Carbon Footprint. Mehr CO₂-Ausstoß erhöht zwar immer den ökologischen Fußabdruck, weniger CO₂ muss aber den Footprint nicht automatisch reduzieren. (etwa Holzverbrennung, die geringere CO₂-Emissionen verursacht, zugleich aber einen großen ökologischen Fußabdruck.) Für Österreich macht der Anteil des CO₂ bereits mehr als 60 Prozent des ökologischen Fußabdrucks aus. Eine Reduktion der persönlichen Klimagase ist also jedenfalls eine unbedingt notwendige Voraussetzung zur Reduktion des ökologischen Fußabdrucks.

cherInnen weit mehr als ihren fairen Anteil. Es bräuchte fast vier Planeten von der Qualität der Erde, würden alle Menschen so ressourcen-intensiv leben wollen wie wir in Österreich.

Noch erschreckender zeigen Berechnungen des ökologischen Fußabdrucks für das Jahr 2019, dass auch die Menschheit als Ganzes längst ökologisch über ihre Verhältnisse lebt und bereits die Naturleistungen von beinahe zwei Planeten in Anspruch nimmt. Dies ist nur durch das Aufzehren von Naturkapital möglich und die Folgen dieser Übernutzung zeigen sich schon heute im Schwinden der Wälder und der Artenvielfalt, in den leeren Meeren und ausgelaugten Böden sowie – besonders bedrohlich – in der Akkumulation von zu vielen klimaschädlichen Abgasen in der Atmosphäre, was den fortschreitenden Klimawandel verursacht. Auf Dauer ist eine solche Übernutzung unmöglich, nicht nachhaltig, im eigentlichsten Sinn des Konzepts schlicht zukunftsunfähig.

Durch das Konzept des persönlichen Fußabdrucks kann die Idee vom „guten Haushalten“, die ja sowohl hinter „Ökologie“ wie auch hinter „Ökonomie“ steckt, zu einem neuen „Globalverstand“ verschmelzen. Global gedacht, muss die Goldene Regel zum selbstverständlichen Leitbild einer zukunftsfähigen Welt werden:

Unsere Freiheit, einen beliebigen Lebensstil zu wählen, endet dort, wo unser eigener Ressourcenverbrauch das Leben und Überleben der Mitmenschen im Raumschiff Erde unmöglich macht!

Der physische Rahmen ist dabei klar definiert: Das „Gute Leben“ jeder und jedes Einzelnen muss mit einem fairen Anteil an Planet Erde verwirklicht sein, muss in Frieden untereinander und in Frieden mit der Natur möglich werden, sonst wird gar kein „Gutes Leben“ möglich sein!

GLOBALE UNFAIRNESS

Pro Kopf betrachtet sind die Ursachen der aktuellen globalen Übernutzung alles andere als gleichmäßig auf die ErdenbürgerInnen verteilt. Sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch ganz besonders zwischen den Ländern gibt es große Unterschiede.

Global betrachtet verursacht nur knapp ein Viertel der Menschheit bereits drei Viertel der Belastungen, während drei Viertel aller Menschen weniger als ein Viertel zum globalen Footprint beitragen. Viele Milliarden Menschen verfügen erst über einen Bruchteil der Kaufkraft, leben noch in Armut und Hunger und viele hundert Millionen sterben sogar jährlich an den Folgen von Unterernährung.

Wie bizarr ungleich der Fußabdruck der Menschen zwischen den armen und reichen Ländern verteilt ist, ist wissenschaftlich bereits gut untersucht.⁸

Auffällig, aber wenig überraschend ist die sehr starke Korrelation zwischen Brutto-Inlandsprodukt (BIP) und ökologischem Fußabdruck.⁹

Aus Sicht der AutorInnen ist diese Korrelation einer der Gründe, warum Ökonominnen und die Politik das Konzept Footprint bis heute nicht ernsthaft in ihre Überlegungen aufnehmen. In der begrenzten Denkwelt der klassischen Ökonomie wird steigendes BIP immer als wünschenswert und oft sogar als notwendig postuliert. Solange keine physische Entkoppelung von Footprint und BIP möglich erscheint und Lifestyle-Fragen als Tabu gelten, wird die Footprint-Problematik ausgeblendet bleiben.

Schon ein Benchmarken von Footprint gegen Happiness zeigt ein ganz anderes Bild, was den Rahmen hier aber sprengen würde. Siehe hierzu auch den Happy Planet Index, wo Österreich bei den sozialen Aspekten unter den

⁸ <http://data.footprint-network.org/#/compare/Countries?cn=all&type=EFCpc&yr=2016>

⁹ <http://data.footprintnetwork.org/#/SocioEconomics?cn=5001&type=BCtot,EFCtot&misc=gdp>

Top 10 der Welt rangiert, durch den gigantischen Fußabdruck im globalen Ranking aber auf Platz 43 absinkt.¹⁰

Bevor auf genderspezifische Details eingegangen werden kann, müssen einige grundsätzliche Erkenntnisse beschrieben werden, die sich aus der Vermessung des persönlichen Fußabdrucks ergeben.

DER INDIVIDUELLE FOOTPRINT

Die wohl größte Errungenschaft des Footprint-Konzepts ist die Skalierbarkeit. Footprints können nicht nur für die Welt als Ganzes, für Länder und Produkte errechnet werden, sondern auch für jeden einzelnen Menschen. Damit werden abstrakte globale Begrenzungen auch im persönlichen Umfeld anwendbar und die Auswirkungen von unterschiedlichen Handlungen oder Konsumentscheidungen werden individuell quantifizierbar.

Ein Schwerpunkt der internationalen Forschung liegt in der Differenzierung des Footprints nach Landnutzungs-kategorien, also die Beschäftigung mit der Frage, wieviel der anthropogenen Beanspruchung jeweils die Wälder, die Wiesen, Äcker oder Meere betrifft. Dieser Aspekt soll hier ausgeblendet bleiben.

Unsere Fußabdruckberechnungen betrachten konsumseitig die Kategorien Wohnen, Ernährung, Mobilität sowie Konsum und Dienstleistungen und differenzieren die Größe des Fußabdrucks entsprechend.

Der Footprint der öffentlichen Hand, also alle Leistungen von Bund, Land und Kommunen werden als „grauer Footprint“ zusammengefasst. Das betrifft die Errichtung und den Betrieb öffentlicher Gebäude und Infrastrukturen, Schulbetrieb, Universitäten, Gesundheitswesen,

¹⁰ <http://happyplanetindex.org/countries/austria>

Feuerwehr, Polizei, Justizsystem, Militär und Regierung. Dieser Fußabdruck wird anteilig auf alle BürgerInnen eines Landes gleichmäßig aufgeteilt.

Die im Folgenden dargestellten Beobachtungen zu den Details des ökologischen Fußabdrucks von Individuen basieren auf unterschiedlichen Inputs und Datenquellen, wobei die Angaben, wenn nicht anders angeführt, nicht statistisch signifikant sind. Immer handelt es sich um Beobachtungen aus dem unmittelbaren „Kulturkreis“, gewonnen aus Untersuchungen zu kommunalen oder regionalen Footprint-Projekten in Österreich, Deutschland und Südtirol. Entsprechend können Detailkenntnisse nicht global verallgemeinert werden.

Die potenziell wichtigste Datenquelle für statistische Fragen zum ökologischen Fußabdruck wäre der österreichische Fußabdruck-Rechner¹¹, der von den AutorInnen seit 2008 betreut und seit 2012 auch betrieben wird, jeweils im Auftrag des Umweltministeriums (aktuell das BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie). Wegen Bedenken bezüglich des Datenschutzes ist seit 2012 leider keine statistische Auswertung vorgesehen.

Andere von den AutorInnen betriebene Footprint-rechner¹², Smartphone-Apps und der Einsatz ähnlicher Tools im Rahmen regionaler Projekte liefern auch soziodemografisch aufgeschlüsselte Daten (anonymisiert im Einklang mit Datenschutzvorgaben).

Leider können mit Online-Tools nie repräsentative NutzerInnengruppen erreicht werden. Entsprechend dürfen die dargestellten Ergebnisse nicht als statistisch signifikant angesehen werden.

Um doch die Kriterien für Signifikanz zu erfüllen, wurde in einem kommunalen Projekt die Online-Umfrage auch

¹¹ www.mein-fußabdruck.at

¹² Siehe z. B. <https://suedtirol.footprinting.org/>

durch eine umfangreiche Haus-zu-Haus-Befragung ergänzt, wodurch eine Korrektur der Ergebnisse möglich wurde. Die nötigen Anpassungen waren überraschend gering.

Die unten berichteten Ergebnisse sind ergänzt durch die Auswertung von persönlichen Erfahrungen aus vielen hunderten Seminaren der AutorInnen und von KollegInnen. Auch hier können die Ergebnisse nicht als repräsentativ angesehen werden, da schon die Teilnahme an Seminaren, die sich mit dem persönlichen Fußabdruck beschäftigen, ein deutliches Bias mitbringt.

Zugleich lässt aber die große Vielfalt des Zielpublikums, von PfadfinderInnen und Pfarrgruppen über Gemeinderäte bis zu Technik-MasterstudentInnen und CEOs eine gewisse Aussagekraft als wahrscheinlich erscheinen.

Für die Zusammensetzung des Fußabdrucks einer durchschnittlichen Person ergibt sich im Detail folgendes Bild: Alle Angaben erfolgen in „global Quadratmeter“ pro EinwohnerIn und Jahr ($\text{gm}^2/\text{cap}^*\text{a}$)

Ernährung: 13.400 gm^2 (22%), davon über 70% für Fleisch und tierische Produkte

Wohnen: 9.200 gm^2 (15%), davon fast 90% für Heizen und Strom

Mobilität: 9.400 gm^2 (16%), davon über 90% für Auto und Flugzeug

Konsum und Dienstleistung: 11.100 gm^2 (19%), davon viele kurzlebige Produkte wie Papier, Verpackung, Mode ...

Dazu kommt der vom Individuum nicht beeinflussbare Anteil von 16.900 gm^2 (28% des gesamten) für den „grauen Fußabdruck“.

In Summe ergibt sich ein durchschnittlicher Fußabdruck der Österreicherin bzw. des Österreichers in der Größe von 60.000 gm² (6,0 gha).

Innerhalb der einzelnen Kategorien des Haushaltsfootprints (d. h. Werte ohne den persönlich nicht beeinflussbaren grauen Anteil) sind enorme Spannen zu beobachten.

Beim Wohnen können die Footprints fast um den Faktor Hundert schwanken, bedingt sowohl durch die unterschiedliche Größe des Wohnraums pro Kopf als auch vor allem durch technologische Faktoren wie Gebäude-Dämmung, Fensterdichtheit, Heizsystem und Typ der Energieversorgung.

Bei der Ernährung ist die durchschnittliche Schwankungsbreite natürlich nicht so extrem, weil niemand ganz ohne Nahrung auskommt und auch niemand fünf Kilo Fleisch am Tag essen könnte. Trotzdem liegt sie etwa im Bereich 10:1 zwischen Fleischtiger und VeganerIn.

Ähnliche Schwankungsbreiten von 1:10 können im Bereich Konsum und Dienstleistungen festgestellt werden. Auch hier ist die Menge, die bei durchschnittlichem Einkommen sinnvollerweise konsumiert werden kann, absolut begrenzt. Ausnahmen wären hier Superjacht oder Privatjet, die aber statistisch das Ergebnis nicht beeinflussen.

Die größte Schwankungsbreite findet sich bei der persönlichen Mobilität. Hier liegen in jeder Untersuchung immer alle Varianten vor, von sehr wenig (hauptsächlich Öffis und Fahrrad-Nutzung) bis extrem viel durch regelmäßige Flüge. Die Schwankungsbreiten können dabei auch 1:500 übertreffen.

Diese enorme Größe der Streuung gibt Hoffnung, zeigt sie doch auch das sehr große theoretische Reduktionspotenzial. Die Ursachen und Zusammenhänge dieser Unterschiede gilt es besser zu verstehen.

Entsprechend ist neben der Differenzierung nach Konsum- oder Landnutzungskategorien die Analyse der Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen von besonderer Bedeutung.

Dies ist auch deshalb von mehr als akademischem Interesse, weil erst diese Kenntnisse die Basis für zielgruppenspezifische Ansprache und Empfehlungen bilden.

Die AutorInnen konnten in eigenen Untersuchungen die Footprints mit abwechselnder Intensität nach Altersgruppen, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Familienstand und Wohnort (Stadt/Land) differenzieren.

Folgend ein Auszug der Ergebnisse der Analysen des persönlichen Footprints nach demografischen Gruppen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ohne Reihung oder Gewichtung, jeweils mit einer möglichen Begründung.

StadtbewohnerInnen haben einen kleineren Footprint als Menschen am Land (v. a. weniger Autokilometer pro Kopf).

Ledige haben einen größeren Footprint als Paare und Familien (Einzelhaushalte und mehr verfügbares Einkommen für Konsum).

AkademikerInnen haben einen größeren Footprint (korreliert mit höherem Einkommen und aufwändigerem Wohnen und Reisen).

Insgesamt steigt der Mobilitäts-Footprint mit der Bildung und ist bei Menschen mit Hochschulabschluss um etwa 50 Prozent größer als der Österreichdurchschnitt.

Genau umgekehrt ist es beim Fußabdruck der Ernährung, der bei Menschen mit geringer Bildung am Größten ist. (Hier wirkt sowohl fehlende Information als auch fehlende Kostenwahrheit, etwa der Umstand, dass Fleisch trotz eines vielfachen Footprints oft deutlich billiger ist als Bio-Gemüse.)

Recht eindeutig fällt auch die Aufschlüsselung nach der Kategorie Gender aus: Frauen haben einen um fünf bis 15 Prozent kleineren Gesamt-Footprint als Männer (was sich aber schon allein aus dem verfügbaren Einkommen ableiten ließe).

Besonders auffällig: Genau wie beim Footprint nach Ländern gibt es auch bei den Individuen eine besonders starke Korrelation zwischen persönlichem Fußabdruck und dem verfügbaren Einkommen.

Dieser Zusammenhang ist freilich kein Naturgesetz. Höheres Einkommen muss nicht größeren Fußabdruck bedeuten, muss nicht in eigene Swimmingpools, fettere Limousinen oder weitere Fernreisen umgesetzt werden. Es ließe sich auch in eine eigene PV-Anlage und bessere Wärmedämmung, in sparsame E-Autos oder biologisch und tier-ethisch vertretbare Ernährung investieren.

Auch eine genauere Analyse des Zusammenhangs von Happiness und Footprint gibt aufschlussreiche Einsichten, das würde den Rahmen dieses Beitrags aber sprengen.¹³

FOOTPRINT UND GENDER

Schließlich zur eigentlichen Fragestellung. Leider ist gerade der Zusammenhang zwischen Gender und Footprint wissenschaftlich noch sehr wenig untersucht.

13 Siehe u. a. http://www.footprint.at/fileadmin/zf/footprint/Footprint_und_Lebensfreude_Regionale_Nachhaltigkeit.pdf

Den AutorInnen ist keine diesbezügliche Publikation aus Österreich oder dem deutschsprachigen Raum bekannt. Die wenigen, sporadischen Publikationen aus anderen Teilen der Welt spiegeln allesamt den gleichen Eindruck wider, der sich auch aus unseren Beobachtungen ergibt:

Der Fußabdruck von Frauen liegt im Durchschnitt um einige wenige bis zu 20 Prozent niedriger als der von Männern.

Diese Beobachtung deckt sich weitgehend mit der Einstellung zu Umweltschutz im Allgemeinen, die besser untersucht ist und bei der Frauen ebenfalls besser abschneiden, was wiederum gerne mit der unterstellten, höheren Empathie-Fähigkeit erklärt wird.

Ob diese publizierten und auch die von uns unten dargestellten Ergebnisse die archetypischen Rollenbilder tatsächlich bestätigen oder ob nicht doch nur die Rollenvorstellungen die Wahrnehmung beeinflussen, lässt sich aus Sicht der AutorInnen nicht endgültig beurteilen.

Nach unserer Erfahrung zeigt sich schon bei den Abfragen zu den soziodemografischen Daten ein deutlicher Unterschied. Unter der berechtigten Annahme, dass online etwa gleich viele NutzerInnen aller Geschlechter vorliegen, ist die Zahl der Frauen, die offensichtlich kein Geschlecht angeben, deutlich höher. So etwa lauteten die Angaben bei einer konkreten Untersuchung von 1.000 TeilnehmerInnen 485 männlich, 320 weiblich, wobei 195 keine Angaben machten. Dazu kam, dass von den TeilnehmerInnen, die explizit „weiblich“ angegeben hatten, nur 16 Prozent bereit waren, auch ihre Altersgruppe anzugeben, versus mehr als 80 Prozent bei den Männern. Ein Deutungsversuch dieser Unterschiede würde die Kompetenzen der AutorInnen sprengen und wird unterlassen.

Eine nach Konsumkategorien detailliertere Analyse der geschlechtsspezifischen Unterschiede ergibt einige überraschende Ergebnisse. Diese sind aber auch von Untersuchung zu Untersuchung – jeweils in recht unterschiedlichen Regionen – stark schwankend. Ob diese Unterschiede tatsächlich Eigenheiten der Regionen abbilden, lässt sich erst bei Folgeuntersuchungen und größeren Samples mit Gewissheit sagen.

Bei den durchgeführten Untersuchungen und Befragungen lag der ernährungsbedingte Footprint der Frauen zwischen 5 und 15 Prozent niedriger als jener von Männern.

Auf Mobilität bezogen war der Unterschied noch größer und reichte von 8 bis 35 Prozent zugunsten des Footprints der weiblichen Teilnehmerinnen.

Beim wohnungsbedingten Footprint war das Ergebnis nicht ganz so deutlich und es ergaben sich nur Unterschiede bis zu einem Umfang von etwa 10 Prozent.

Am wenigsten eindeutig ist die Lage bei Konsum und Dienstleistungen. Hier ergab sich bei einer Untersuchung sogar ein leicht erhöhter Footprint für die Frauen. Im Durchschnitt aller Erhebungen blieb dieser aber unter jenem der Männer.

Einige der aufgelisteten Unterschiede lassen sich recht trivial erklären und diese Interpretation soll nicht unerwähnt bleiben, auch wenn sie sich recht klischeehaft mit traditionellen Rollenbildern deckt.

Männer sind im Durchschnitt größer und schwerer und essen schon deshalb mehr.

Frauen sind im Durchschnitt gesundheitsbewusster und essen schon deshalb weniger fette Fleisch- und Tierprodukte, die ja besonders footprint-intensiv sind.

Die Automobilnutzung ist stark mit dem Weg zur Arbeit verbunden und die Unterschiede spiegeln meist weniger ein gewolltes Verhalten als die Situation am Arbeitsmarkt wider.

Gleiches gilt für berufsbedingte Flüge, wo vorhandene Unterschiede ebenfalls vermutlich nur die Hierarchie-Strukturen in den Unternehmen widerspiegeln.

Bei den insgesamt doch recht geringen Unterschieden kommt erschwerend das Phänomen der verzerrten Selbstwahrnehmung dazu.

Bei allen Fragen zum relativen Verhalten – etwa beim Umgang mit Müll – schätzen sich große Mehrheiten immer besser als der Durchschnitt ein – was statistisch ja unmöglich ist. Wir versuchen, diesem Phänomen bei der Auswertung Rechnung zu tragen.

Andere Verzerrungen sind schwieriger zu quantifizieren. So etwa wird die Ausstattung von Haushalten oder der Einkauf von Haushaltsgeräten im Kopf noch recht geschlechtsspezifisch „verbucht“, zum Beispiel die Bohrmaschine beim Mann, der Handmixer bei der Frau, was sich statistisch vermutlich ausgleichen dürfte.

Nicht ausgleichen wird sich diese Verzerrung möglicherweise beim Einkauf von Textilien, wo z. B. Bettwäsche und Handtücher gedanklich eher von Frauen auf ihre Kappe genommen, in diesem Fall auf ihr „Öko-Konto“ gebucht werden.

Zugleich sind Textilien neben dem footprintmäßig bescheidenen Sektor „Kosmetika“ trotzdem der einzige Bereich, in dem Frauen statistisch einen größeren Fußabdruck hinterlassen. Dies gilt besonders für den Bereich Mode und „fast-fashion“, in dem Frauen im Vergleich zu Männern einen vielfachen Fußabdruck verursachen. Allerdings wird dieser Umstand in der Regel niemals den

Gesamteindruck verändern, macht doch Mode insgesamt nur wenige Prozent des Konsumfußabdrucks aus (verursacht allerdings viele andere, beachtenswerte Probleme, von Kinderarbeit bis Mikroplastik).

Abschließend ist festzuhalten, dass die Forschung zu diesen Fragen noch sehr am Anfang steht.

Die Datenbasis ist dünn und die detailliert zur Verfügung stehenden Samples sind zu klein, um belastbare Aussagen zu möglicherweise genderbedingten Unterschieden der Footprints zu machen.

Dies liegt auch daran, dass die Korrelation zwischen Footprint und verfügbarem (Haushalts)Einkommen oder – volkswirtschaftlich betrachtet – mit dem BIP/Kopf noch so stark ist, dass sie alle darüber hinausgehenden Zusammenhänge überlagert. Nachdem schon das verfügbare Einkommen für Frauen deutlich geringer ist als das der Männer, ist der geringere Footprint der Frauen möglicherweise allein dadurch schon erklärt. Oder auch nicht: Ein Genderbias kann damit natürlich nicht ausgeschlossen werden.

Wie weit unterschiedliches Verhalten – und damit der unterschiedliche Footprint – tatsächlich auch von Geschlechtsspezifika – oder auch von Religion oder unterschiedlichen Wertehaltungen und Weltbildern – beeinflusst wird, würden die AutorInnen als jahrzehntelange KämpferInnen für eine bessere Welt gerne selbst besser verstehen.

Der ökologische Fußabdruck bemisst die Summe der durch den Konsum von Waren, Energie und Dienstleistungen in einem Jahr in Anspruch genommenen Bio-Kapazität (vereinfacht: produktive Land- und Wasserflächen) der Erde, unabhängig davon, wo auf der Welt diese Inanspruchnahme passiert.

Dem ökologischen Fußabdruck wird die vorhandene Biokapazität gegenübergestellt. Darunter versteht man die Fähigkeit der Natur, Rohstoffe auf- und Schadstoffe abzubauen.

Wird mehr Kapazität beansprucht als vorhanden ist, spricht man vom „Overshoot“, der ökologischen Überschuldung.

Schon heute zeigen sich die Folgen der Übernutzung im Schwinden der Wälder und der Artenvielfalt, in den leeren Meeren und ausgelaugten Böden sowie – gleich bedrohlich – in der Ansammlung von zu vielen klimaschädlichen Abgasen in der Atmosphäre, was den fortschreitenden Klimawandel verursacht.

Regionale Unterschiede können durch Handel ausgeglichen werden, doch heute ist die Welt als Ganzes bereits im Overshoot, die Menschheit beansprucht trotz noch weit verbreiteter Armut und Not bereits um 70 Prozent mehr Naturleistungen als unser Planet in einem Jahr zur Verfügung stellen kann.

Mehr Information: www.footprint.at

Zum Abschätzen des persönlichen Fußabdrucks:
www.mein-fussabdruck.at

Nicht zu verwechseln ist der ökologische Fußabdruck mit dem CO₂-Fußabdruck! Dieser betrachtet „nur“ die Auswirkungen des Menschen auf die Atmosphäre (→ Klimawandel), während der ökologische Fußabdruck auch die Auswirkungen auf andere Ökosysteme, insbesondere die Übernutzung der Naturressourcen erfasst. Achtung: Das EINE Maß für Umweltverträglichkeit gibt es nicht! Weder der ökologische Fußabdruck noch der Carbon Footprint können Umweltvergiftung, Radioaktivität oder Vermüllung der Meere abbilden.

Trotzdem bleibt der ökologische Fußabdruck bei Weitem das beste Maß für die Erfassung der Naturbeanspruchung und das Reduzieren des ökologischen Fußabdrucks auf ein global verträgliches Maß ist eine unbedingt notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung von Nachhaltigkeit.

Die Herausforderung in den Ländern, die weit über dem globalen Soll konsumieren, ist besonders groß. Bewährte, aber unsolidarische und verschwenderische Gesellschafts-, Wirtschafts- und Lebens-Stile sind so zu adaptieren, dass ein gutes Leben innerhalb des fairerweise zustehenden Footprints möglich wird. Diese Transition wird sowohl politische als auch wirtschaftliche und individuelle Veränderungen erfordern.

Beate Littig ist habilitierte Soziologin und Koordinatorin der Forschungsplattform „Sozial-ökologische Transformationsforschung“ am Institut für Höhere Studien in Wien. Zugleich ist sie Universitätsdozentin an der Universität Wien und Fellow am DFG-Kolleg „Gesellschaft der Nachhaltigkeit“ an der Universität Hamburg. Sie beschäftigt sich in Forschung und Lehre mit den Potenzialen und Hürden für eine nachhaltige Zukunft von Arbeit, Wirtschaft, Alltagspraktiken und Demokratie aus einer globalen und geschlechterpolitischen Perspektive.

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft. Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme

In Bezug auf den Klimawandel, allgemeiner die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, werden zwei unterschiedliche Ansätze zur Transformation der Arbeitsgesellschaften diskutiert: die Schaffung einer grünen Ökonomie und grüner Vollerwerbsgesellschaften und die Schaffung von sozial-ökologisch nachhaltigen Postwachstumsgesellschaften. Letztere basieren auf einem erweiterten Arbeitsbegriff (nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Care, Eigenarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement), der Neubewertung und Umverteilung von Arbeit, auch zwischen den Geschlechtern. Voraussetzungen dafür sind eine neue Vollerwerbsarbeitszeit (20 bis 30 Stunden) für alle sowie eine sozial-ökologische Steuerreform. Was diese Konzepte für Frauen bedeuten, wird zumeist eher am Rande diskutiert. In der grünen Ökonomie geht es aus geschlechterpolitischer Sicht vor allem um die Schaffung von Voraussetzungen, dass Frauen an den guten Arbeitsplätzen insbesondere im technologischen Bereich überhaupt teilhaben können (Ausbildung, Kinderbetreuung etc.), und auch in Postwachstumsgesellschaften wird sich eine gerechte Aufteilung der Care-Arbeit sowie der Erwerbsarbeit nicht automatisch einstellen, sondern muss systematisch gefördert werden. Der Beitrag reflektiert die Konzepte aus geschlechterpolitischer Sicht und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen multiplen Krise, die durch das Corona-Virus heraufbeschworen wurde.

ZUR EINLEITUNG

Auch wenn die mediale Berichterstattung seit März 2020 von der coronavirus-bedingten multiplen Krise dominiert wird, scheint die Sorge um die Folgen des Klimawandels nicht aus der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit verschwunden zu sein.

Dies zeigt sich nicht nur bei aktuellen Bevölkerungsumfragen¹⁴, in denen besorgte BürgerInnen den Klimawandel als eines der großen Zukunftsprobleme einschätzen, sondern auch in den Debatten über die Bewältigung der Folgen des Shutdowns durch großangelegte staatliche und übernationale Konjunkturprogramme. Auch wenn das ökonomische Wachstumsmantra durch die Medien hallt und mächtige Wirtschaftsverbände gegen Umwelt-Auflagen (z. B. CO²-Steuern) als Bedingung staatlicher Finanzhilfen mobilisieren, gibt es durchaus mahnende Stimmen, die die derzeitige Krise als Chance für eine Ökologisierung und gerechtere Gestaltung der (inter)nationalen Wirtschaftsprozesse und Arbeitsbeziehungen sehen. Vor dem Hintergrund quasi über Nacht explodierter Arbeitslosenzahlen wird dabei eine alte Kontroverse aktiviert, die spätestens seit der ersten Ölkrise in den 70er Jahren in Krisenzeiten geführt wird, nämlich ob erhöhter Umweltschutz ein Wirtschaftswachstums- und damit Jobkiller ist oder Arbeit schafft und sichert (Littig 2012). Seit der letzten internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wurde in diesem Zusammenhang maßgeblich seitens supranationaler Organisationen der Vereinten Nationen (u. a. UNDP, ILO) eine ökologische Modernisierung der (Welt)Wirtschaft unter den Stichworten Green Deal, Green Economy und Green Jobs zur Krisenbewältigung erfolgreich lanciert. Diese gilt inzwischen als globaler umwelt- und klimapolitischer Mainstream, der durch das Pariser Klimaabkommen und die Verabschiedung der Sustainable

¹⁴ Vgl. für Österreich: https://www.kleinezeitung.at/international/corona/5810372/Umfrage_Klimawandel-bereitet-Oesterreichern-mehr-Sorgen-als; für Deutschland: <https://www.welt.de/vermishtes/article208339923/Allensbach-Umfrage-Klimawandel-bereitet-Deutschen-groessere-Sorgen-als-Corona.html> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020).

Development Goals (SDGs) 2015 bestätigt wurde (UN 2015).

In kritischer Abgrenzung gegenüber dem dominanten Konzept der Green Economy wird insbesondere von sozial-ökologisch engagierten zivilgesellschaftlichen, u. a. auch öko-feministischen Bewegungen sowie in kritischen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Kontexten die Überwindung des kapitalistischen Wachstumsparadigmas zugunsten der Schaffung sozial-ökologisch nachhaltiger Postwachstumsgesellschaften gefordert (Brand/Wissen 2017). Dass die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die globale soziale Ungleichheit angesichts begrenzter Ressourcen und ungleicher Machtverhältnisse durch technologiegetriebenes grünes Wirtschaftswachstum überwunden werden kann, wird dabei grundsätzlich bezweifelt (im Überblick Littig 2018 sowie Dörre et al. 2019).

Aus geschlechterpolitischer Sicht werfen beide Zugänge eine Reihe von Fragen auf – u. a. deshalb, weil Gleichstellungsfragen eher marginalisiert werden (Bauhardt 2014). So stellen sich grundsätzlich Fragen nach den Chancen und Hindernissen für ihre gleichstellungspolitischen Effekte, nach ihren Voraussetzungen und Konsequenzen. Im Folgenden sollen die beiden Ansätze zunächst skizziert, bevor sie hinsichtlich ihrer geschlechterpolitischen Implikationen betrachtet werden.

GREEN ECONOMIES ALS GRÜNE VOLLERWERBS-GESELLSCHAFT(EN)

Eine prominente Stimme derer, die die Corona-Krise als Chance für klimapolitische Innovationen sehen, ist die EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen,

die nachdrücklich für einen Green Deal wirbt, den sie schon kurz vor dem Ausbruch der Pandemie als zentralen Baustein ihrer Präsidentschaftspolitik präsentiert hatte (Europäische Kommission 2019). So sollen laut eines Berichts des deutschen Magazins „Der Spiegel“ 25 Prozent des 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds für Klimaschutz ausgegeben werden. Kritisch gewendet bedeutet das, dass 75 Prozent der Förderungen nicht an Klimaschutzkriterien gebunden sind. Klimaschutz ist zwar nach wie vor ein Ziel der EU-Politik, aber nicht das wichtigste.¹⁵ Vorgesehen sind in dem im Mai 2020 präsentierten Fond rund 20 Milliarden für saubere Mobilität, zehn Milliarden für Recycling und Kreislaufwirtschaft und 50 Milliarden für eine nachhaltigere Landwirtschaft. Auch Technologien wie Wasserstoffantriebe, erneuerbare Energien und die energetische Sanierung von Gebäuden sind Teil des Programms (Götze 2020). Auch auf nationaler Ebene gibt es Anstrengungen, Klima- und Konjunkturpolitik zur Krisenbewältigung zu koppeln; in Österreich etwa durch ein Vorziehen der im türkis-grünen Regierungsprogramm angekündigten klimapolitischen Investitionen vor allem in Infrastrukturprojekte des Verkehrs, der regenerativen Energieerzeugung sowie der thermischen Sanierung und im Bau. Die Stadt Wien verfolgt mit Nachdruck ihr schon länger erklärtes Ziel „Klima-Musterstadt“ zu sein und insbesondere im Bereich Energie, Abfall und Verkehr starke politische Akzente zu setzen.¹⁶

15 So der Kommentar von Oliver Geden, Experte für EU-Klimapolitik der renommierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin im selben Spiegel-Artikel (Götze 2020). Auch der deutsche Thinktank Agora findet das Hilfspaket unter Klimaschutzgesichtspunkten unzureichend (Agora Energiewende 2020). Zur sozialpolitischen Kritik des Green Deal vgl. Adler et al. 2019.

16 <https://www.wien.gv.at/umwelt-klimaschutz/klima-musterstadt.html> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020). Diese Bestrebungen sind Teil der 2019 revidierten „Smart City Rahmenstrategie“, mit der sich die Stadt ambitionierte Ziele für eine nachhaltige Stadtentwicklung gesetzt hat. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008380.html>

Die skizzierten internationalen, nationalen wie kommunalen klimapolitischen Strategien und Maßnahmen streben eine ökologische Modernisierung und eine Beseitigung der unbeabsichtigten Folgen der vorherrschenden umwelt- und klimaschädlichen Wirtschafts- und Lebensweisen an. Ziel ist die Schaffung einer „grünen Ökonomie“, die auf der Basis technologischer Effizienzsteigerung und Innovationen Wettbewerbs- und Standortvorteile,

Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität sichern soll. Ganz im Sinne der neo-klassischen Theorie wird erwartet, dass durch begrüntes Wirtschaftswachstum grüne Vollerwerbsgesellschaften und darüber soziale Inklusion erreicht werden können (Littig 2018).

Frauenpolitische Überlegungen spielen in diesen Diskussionen eher eine marginale Rolle. Zwar verlangt das SDG 5 explizit die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, dennoch werden die geschlechterpolitischen Wirkungen und Voraussetzungen klima- und umweltpolitisch orientierter Arbeitsmarktpolitik nur selten thematisiert und bleiben vage und unklar. (Cohen 2017; UBA 2018) Dabei geht es um die Frage, ob und inwieweit die bestehenden oder neu zu schaffenden grünen Arbeitsplätze auch Arbeitsplätze für Frauen sind bzw. sein werden. Inwieweit sind es „gute Arbeitsplätze“ etwa im Sinne der Decent Work der ILO¹⁷ oder des DGB-Index¹⁸, ebenfalls ein Ziel der SDGs (Nr. 8)? „Gute Arbeit“ zeichnet sich demnach vor allem durch ein gesichertes und angemessenes Einkommen, Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Gesundheits- und Arbeitsschutz und eine gute Work-Life-Balance aus (Brandl et al. 2019).

Eine systematische Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen des europäischen Green Deals wurde bis dato nicht durchgeführt. Aus einer Geschlechterperspektive ist aber darauf hinzuweisen, dass hochqualifizierte gute Arbeitsplätze in der Green Economy, für die vor allem ein technischer oder wissenschaftlicher (Aus)Bildungshintergrund erforderlich ist, Mangelware sind und vor allem von Männern besetzt werden (Leitner et al. 2012; UBA 2018, S. 73f). Diese Situation dürfte sich durch die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt noch deutlich verschärfen (WBGU 2019). Der geringe Frauenanteil in den Zielbranchen der Green Economy

¹⁷ Vgl. ILO (International Labour Organization): Decent work agenda, <http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/decent-work-agenda/lang--en/index.htm> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020).

¹⁸ DGB-Index „Gute Arbeit“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes, <http://index-gute-arbeit.dgb.de/> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020).

zeigt auch exemplarisch eine aktuelle Erhebung der weiblichen und männlichen Beschäftigten in den Branchen Energie, Verkehr und Bau in Wien, die als wichtige Förderungsbereiche für eine grüne Wirtschaft und verstärkten Klimaschutz gelten (Brandl et al. 2019). Die Beschäftigten in diesen Bereichen machten 2016 rund 12 Prozent der Gesamtbeschäftigten in Wien aus. Der Frauenanteil lag in den Bereichen Bau und Verkehr bei rund 20 Prozent, im Bereich Energie bei rund 30 Prozent, wobei Frauen in erster Linie in der Verwaltung der jeweiligen Bereiche zu vermuten sind (eigene Berechnungen auf Basis von „Abgestimmte Erwerbsstatistik für 2016“ der MA 23; vgl. auch Eichmann/Nocker 2015). Um die anspruchsvollen und damit tendenziell guten Arbeitsplätze in der Energieversorgung, im Mobilitäts- und Bausektor für (qualifizierte) Frauen deutlich attraktiver zu machen, müssen eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen ergriffen werden: Zum einen gilt es, die Anzahl der Frauen und Mädchen, die technische oder naturwissenschaftliche Studiengänge absolvieren und in entsprechende Berufe einsteigen, zu steigern und zum anderen muss die Gleichstellung von Männern und Frauen in diesen Arbeitsmarktsegmenten durch eine entsprechende Lohnpolitik, Karrieremöglichkeiten und Vereinbarkeitsmaßnahmen gefördert werden (vgl. Kuhl 2012). Die spezielle Förderung von Frauen in MINT-Ausbildungsgängen und Berufen ist eine zentrale Maßnahme, um die Frauenerwerbstätigkeit in vergleichsweise guten Arbeitsbereichen längerfristig zu sichern und gleichzeitig zur Erfüllung klimapolitischer Zielsetzungen beizutragen.

NACH DEM WACHSTUM: SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TÄTIGKEITSGESELLSCHAFT(EN)

Dem Green Economy Mainstream gegenüber

stehen wachstumskritische Ansätze, die sich mit den Schlagworten Postwachstumsgesellschaft oder Degrowth-Bewegung belegen lassen. Auch wenn diese Ansätze durchaus heterogen sind, eint sie die Forderung nach einer tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Transformation der global vernetzten kapitalistischen Ökonomien (vgl. den Sammelband von Dörre et al. 2019): die Überwindung des ökonomischen Wachstumsparadigmas, eine Abkehr vom Ressourcen verschleißenden exklusiven Konsumismus hin zu einer suffizienten und solidarischen Lebensweise, die globale Ungleichheiten beseitigt und soziale und ökologische Gerechtigkeit herstellt (z. B. Brand/Wissen 2017). Die Vorstellungen davon, wie diese Transformation erreicht werden kann, sind sehr vielfältig. Sie reichen von der Durchsetzung einer neuen Vollerwerbsarbeitszeit (20 bis 30 Stunden) für alle, Kostenwahrheit durch eine sozial-ökologische Steuerreform, eine erweiterte Wirtschaftsdemokratie bis zur Konversion umweltschädlicher Industrien und Wirtschaftsbereiche. Als zentrale transformatorische Akteure gelten starke zivilgesellschaftliche Bewegungen in einer auszuweitenden Mosaikallianz mit allen progressiven Kräften innerhalb der Gewerkschaften, der Parteien, sowie staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen (Urban 2018).

Vor allem von öko-feministischer Seite wird reklamiert, dass sozial-ökologisch nachhaltige Postwachstumsgesellschaften einer grundlegenden Transformation der geschlechterdifferenzierenden Erwerbsarbeitsgesellschaft bedürfen. Dabei darf Nachhaltigkeit nicht auf Ökologie verengt werden, muss Geschlechtergerechtigkeit systematisch in den Nachhaltigkeitsdiskurs integriert und darf reproduktive Arbeit nicht vernachlässigt werden (Bauhardt 2014; Kuhl 2012). Dem erwerbsarbeitszentrierten Arbeitsbegriff, der sich im Laufe der Industrialisierung etabliert hat und, im Verbund mit patriar-

chalen Geschlechterverhältnissen, Männern und Frauen idealtypisch unterschiedliche Arbeitssphären zuwies, wird ein erweiterter Arbeitsbegriff entgegengesetzt.¹⁹ Dieser umfasst neben Erwerbsarbeit auch die private Care-Arbeit, Eigenarbeit für die Selbstversorgung sowie zivilgesellschaftliches Engagement. Auf dieser Basis werden zur Gleichstellung der Geschlechter die Neubewertung und Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit gefordert. Dabei gilt es, die vor allem von Frauen geleisteten informellen Care-Arbeiten als Arbeit und Basis der formalen Ökonomie anzuerkennen, gegenüber der Erwerbsarbeit aufzuwerten und geschlechtergerecht zu verteilen. Vertreterinnen der Care-Perspektive gehen dabei noch einen Schritt weiter und verlangen einen grundlegenden Paradigmenwechsel des Wirtschaftens im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses von Wirtschaften, Arbeiten und Leben sowie deren normative Orientierung an Prinzipien der (Vor)Sorge (Gottschlich et al. 2014; Tronto 2013). Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bezieht sich Care sowohl auf gegenwärtige als auch auf zukünftige Generationen und verlangt eine (Re)Orientierung der marktvermittelten Geldökonomie, weg von abstrakter Wertschöpfung hin zu einem Wirtschafts- und Arbeitszweck, der der Realisierung von Lebenszwecken dient und gesellschaftliche Kooperation und Sorge um das Ganze der (gesellschaftlich notwendigen) Arbeit ins Zentrum stellt (Biesecker/Hofmeister 2013). Die Idee eines an Vorsorge orientierten Wirtschaftens liegt vielen öko-feministisch orientierten systemkritischen Entwürfen zugrunde, die bereits beim Nachhaltigkeitsgipfel in Rio (1992) und erneut beim Jubiläumskongress Rio +20 (2012) diskutiert wurden. Gemeinsam sind diesen Ansätzen die grundlegende Infragestellung kapitalistischer Profitmaximierung, der solidarische Umgang mit Gemeingütern sowie die Forderung nach der Erhaltung der Reproduktionsfähigkeit und Integrität der Natur. Die Orientierungsleitlinie ist ein „gutes Leben für alle“ als visionärer Gesellschaftsentwurf (im Überblick Littig 2018).

19 Für einen erweiterten Arbeitsbegriff und die soziale Anerkennung und Weiterentwicklung aller Arbeitsformen plädiert bemerkenswerterweise auch der 2015 erschienene UN-Bericht zur menschlichen Entwicklung, der nur in einer globalen Green Economy die Chance für den Fortbestand menschlicher Arbeitsmöglichkeiten im Sinne nachhaltiger Arbeit sieht (UNDP 2015).

EIN AUSBLICK AUF PLURALE ENTWICKLUNGEN

Die skizzierten sozial-ökologischen Szenarien zukünftiger Arbeitsgesellschaften beinhalten deutlich unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Entwicklungspfade heute schon, aber auch zukünftig verfolgt werden sollen. Dabei sind auch während der andauernden Corona-Krise sowohl die Absichtserklärungen zur Schaffung grüner Ökonomien als auch die alternativen Denkansätze sowie die Arbeits- und Lebensprojekte im Umfeld der neuen sozial-ökologischen Bewegungen auf dem Vormarsch. Die Debatte um einen erweiterten Arbeitsbegriff, Arbeitszeitverkürzung und die Umverteilung von Arbeit ist allerdings deutlich mehr eine Fachdebatte als eine öffentlich geführte. Dies könnte sich allenfalls im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung (Stichwort Industrie 4.0) ändern; dann nämlich, wenn (wie prognostiziert) durch die digital vernetzte Wertschöpfung und zunehmende Robotisierung massenhaft Arbeitskräfte freigesetzt würden (WBGU 2019). Dadurch könnten die Diskussionen über die Neuorganisation der Arbeitsgesellschaft neue Dynamik bekommen; wenn auch nicht vorrangig aus umweltpolitischen Gründen. Auch die shutdown-bedingte hohe Arbeitslosigkeit begünstigt offenbar Vorstöße in Richtung Arbeitszeitverkürzung, wie dies aktuell von der SPÖ ins Spiel gebracht wurde.

Zwischen den derzeit diskutierten frauenpolitischen Forderungen aus den Folgen der Corona-Krise und der skizzierten öko-feministischen Care-Perspektive lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten feststellen (Genanet 2020): Die immense praktische wie normative Bedeutung der formellen wie informellen Care-Arbeiten, aber auch ihre prekäre Organisation und mangelhaften Arbeitsbedingungen wurden in der Corona-Krise offensichtlich;²⁰ aber auch, dass diese Arbeiten (wie viele andere

20 Der jüngste Bericht des DGB-Index „Gute Arbeit“ (1/2020) zu den sogenannten systemrelevanten Reinigungs- und Verkaufsberufen, der Alten- und Krankenpflege und den Erziehungs- und Sozialberufen trägt den aussagekräftigen Titel „Weiblich, systemrelevant, unterbezahlt“ <https://index-gute-arbeit.dgb.de/++co++a8b3b430-7c89-11e9-b866-52540088cada> (zuletzt abgerufen am 20.7.2020)

sogenannte systemrelevante Arbeiten) in erster Linie von Frauen erbracht werden.²¹

Erste Forschungsergebnisse zeigen, dass berufstätige Mütter gerade wegen ihrer Doppelbelastungen durch ihre Erwerbsarbeit und ihre rollenstereotypischen Care-Verpflichtungen während des Shutdowns deutlich höher belastet waren (Lewis 2020). Diese Tendenz sowie eine generelle Verstärkung der prekären Situation der Pflegearbeit und eine deutliche Mehrbelastung von Frauen ist auch durch die Folgen des Klimawandels zu befürchten (Genanet 2020). Wenn eine „Retraditionalisierung“ der Geschlechterverhältnisse und steigende Arbeitslosigkeit von Frauen abgewendet werden soll, müssen die erprobten Maßnahmen zur „Sicherung der Gleichbehandlung, Beseitigung der Diskriminierung, Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen“ verstärkt werden (Allmendinger 2020).

Die Folgen der globalen Corona-Krise sind noch längst nicht abzusehen. Dass Frauen, Kinder und ärmere Bevölkerungsgruppen besonders vulnerabel sind, ist allerdings bereits klar (UN 2020), die politischen Strategien zur Bewältigung der Krise sind es noch längst nicht. Denkbar sind sowohl Zukunftsszenarien größerer sozialer Spaltung, nationaler Abschottung und einer langfristigen Einschränkung von Freiheitsrechten und digitaler Kontrolle einerseits und mehr soziale Gerechtigkeit, internationale Solidarität und Kooperation bei der Realisierung nachhaltiger Entwicklungsziele andererseits. Welches Szenario sich durchsetzen wird, hängt vom Verlauf der politischen Auseinandersetzungen über die Zukunft von Wirtschaft, Arbeit, Konsum, Demokratie, Gesundheitssystem, EU und vielem anderem mehr ab. Ihr Ausgang mag ungewiss sein, geführt werden sie bereits. Frauen- und geschlechterpolitische Perspektiven sind dabei unabdingbar, denn eine Arbeitsgesellschaft ohne rechtliche und faktische Gleichstellung der Geschlechter kann jedenfalls nicht nachhaltig sein.

²¹ Einen Blog zu Corona und Care betreibt die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/gender-blog> (zuletzt abgerufen am 17.7.2020)

Zitierte Literatur

- Adler, David; Wargan, Pawel; Prakash, Sona (Hg.)** (2019): A Blueprint for Europe's Just Transition. The Green New Deal for Europe, <https://report.gndforeurope.com/> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)
- Agora Energiewende** (2020): Recovering Better! Climate Safeguards for the proposed EU's Proposed 1.85 trillion Euro 85-Trillion-Euro Budget, Berlin <https://www.agora-energiewende.de/en/publications/recovering-better/> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)
- Allmendinger, Jutta** (2020): Die Frauen verlieren ihre Würde. Gastbeitrag in: Die ZEIT – Online am 12.5.2020 <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rollenverteilung-rueckentwicklung> (zuletzt abgerufen am 17.7.2020)
- Bauhardt, Christine** (2014): Solutions to the crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy: Alternatives to the capitalist growth economy from an ecofeminist economics perspective, in: Ecological Economics, 102 (2014), S. 60–68.
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine** (2013): Zur Produktivität des „Reproduktiven“. Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge, in: Feministische Studien Jg. 31 (2013, 2) S. 240–252.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus** (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München: oekom Verlag
- Brandl, Jana; Littig, Beate; Zielinska, Irina** (2019): Urbaner Klimaschutz und Arbeit: Zu den qualitativen und quantitativen Beschäftigungsauswirkungen der Emissionsreduktionsziele am Beispiel der Stadt Wien. In: Gute Arbeit und ökologische Innovationen: Perspektiven nachhaltiger Arbeit in Unternehmen und Wertschöpfungsketten; Becke, Guido (Hg.) München: Oekom Verlag, S. 279–296
- Cohen, Marjorie Griffin** (2017): Introduction. Why gender matters when dealing with climate change. In: M. G. Cohen (Hg.): Climate change and gender in rich countries. Work, public policy and action. London: Routledge, S. 3–18
- Dörre, Klaus; Rosa, Hartmut; Becker, Karina; Seyd, Benjamin (Hg.)** (2019): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden: Springer VS
- Eichmann, Hubert; Nocker, Matthias** (2015): Die Zukunft der Beschäftigung in Wien – Trendanalysen auf Branchenebene. Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt FORBA, Wien
- Europäische Kommission** (2019): The European Green Deal, Brüssel https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_en.pdf (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)
- genanet – Leitstelle Gender | Umwelt | Nachhaltigkeit, Gender CC – Women for Climate Justice, LIFE – Bildung | Umwelt | Chancengleichheit** (2020): Für eine geschlechtergerechte Bewältigung der Corona- und Klima-Krise. Diskussionspapier, Berlin https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Corona/20200512_Diskussionspapier_Corona-Klima-Gender.pdf (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)
- Götze, Susanne** (2020): Corona-Krise: EU-Kommission pumpt Milliarden in klimafreundlichen Wandel, in: Der Spiegel Online, 28.5.2020, <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/wissenundtechnik/corona-krise-eu-kommission-pumpt-milliarden-in-klimafreundlichen-wandel/ar-BB14lLqd?page=2> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)
- Gottschlich, Daniela; Roth, Stephanie; Härtel, Annika; Röhr, Ulrike; Hackfort, Sarah; Segebart, Dörte, König, Claudia** (2014): Nachhaltiges Wirtschaften im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Debatten – Schnittstellen – blinde Flecken. Cage Texte 1/2014 <http://genanet.de/projekte/greeneconomy/cage.html> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)

Kuhl, Mara (2012): Geschlechteraspekte des Green New Deal – eine Analyse der Strategiepapiere der Grünen / EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe. Studie im Auftrag der Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz auf Initiative von Elisabeth Schroedter, <http://www.elisabeth-schroedter.de/themen/green-jobs/green-jobs/GenderAspectsG-NDfinal.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)

Leitner, Andrea; Wroblewski, Angela; Littig, Beate (2012): Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale, Informationen zur Umweltpolitik Nr. 186, Arbeiterkammer Wien (Hg.), https://media.arbeiterkammer.at/wien/lzUmweltpolitik_Ausgabe_186.pdf (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)

Lewis, Helen (2020): Das weibliche Desaster. Frauen sind weniger von Corona betroffen? Von wegen. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten treffen sie wesentlich stärker. <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/das-weibliche-desaster-4198> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)

Littig, Beate (2012): Von Rio 1992 zu Rio+20. Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion. In: WSI-Mitteilungen H8/2012, S. 581–588.

Littig, Beate (2018): Good work? Sustainable work and sustainable development: a critical gender perspective from the Global North. Special Issue of Globalizations: Labour in the Web of Life, 15 (4), S. 565–579

Tronto, Joan (2103): Caring Democracy. Markets, Equality and Justice. New York: New York University Press

UBA (Umweltbundesamt) (Hg.) (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. UBA Texte 23/2018, Dessau

UN (United Nations) (2015): Transforming Our World. The 2030 Agenda for Sustainable Development. New York: United Nations

UN (United Nations) (2020) Shared Responsibility, global solidarity: Responding to the socio-economic impacts of Covid-19. <https://unsdg.un.org/sites/default/files/2020-03/SG-Report-Socio-Economic-Impact-of-Covid19.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)

UNDP (United Nations Development Programme) (Hg.) (2015): Bericht über die menschliche Entwicklung 2015: Arbeit und menschliche Entwicklung. Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Urban, Hans-Jürgen (2018): Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik? In: Ökologie der Arbeit: Impulse für einen nachhaltigen Umbau, Lothar Schröder; Hans-Jürgen Urban; Nadine Müller; Klaus Pickshaus; Jürgen Reusch (Hg.), S. 329–349. Frankfurt a. M.: Bund Verlag

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen) (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft. Hauptgutachten, Berlin <https://www.IRwbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft> (zuletzt abgerufen am 15.7.2020)

Noura Maan, Mag.^a, ist in Wien geboren. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien mit Schwerpunkt Frauen- und Geschlechtergeschichte sowie Austrofaschismus. Derzeit Chefin vom Dienst Online und Redakteurin im Ressort Außenpolitik bei der Tageszeitung DER STANDARD. Schwerpunkte: USA, Frauenpolitik, Rassismus.

Noura Maan

Hysterie und Zöpferldiktatur – Sexismus in der Klimadebatte

Beschimpfungen, Untergriffe, Drohungen: Sie gehören zum Alltag von Greta Thunberg und zahlreichen anderen Frauen, die sich für mehr Anstrengungen in der Klimakrise starkmachen. Warum die Angriffe so häufig von rechter, männlicher Seite kommen, hängt mit Angst vor Veränderung und der Unfähigkeit, Schuld einzugestehen, zusammen. Die Auswirkungen sind verheerend.

Greta Thunberg hat schon viel aushalten müssen. „Klimahysterikerin“, „altklug und verhaltensgestört“, „von Untergangsfantasien verfolgt“ sind nur einige Beispiele dafür, wie die junge Klimaaktivistin online bereits genannt wurde. Auch Todeswünsche und Gewaltdrohungen sind keine Seltenheit. „Wenn die ganze Welt so schlecht ist ... warum geht das Kind net einfach sterben?“, schrieb ein Mitglied einer geschlossenen Facebookgruppe gegen Klimaaktivismus.²² Ein anderer fragte, wie viel ein Auftragsmord koste. Ein Kommentator der Facebookseite der AfD Wismar konstatierte der Schwedin: „Deine Zukunft liegt in der Psychiatrie, Greta.“²³ Auf Amazon lassen sich Aufkleber mit der Aufschrift „Fick dich Greta“ und „Greta stinkt“ erwerben. Auch einen Sticker mit den Zöpfen der Klimaaktivistin kann man bestellen, sodass es so aussieht, als befände sie sich im Kofferraum des Autos.

Am Beispiel Thunbergs tritt vieles plastisch hervor, womit sich Klimaschutzaktivistinnen auseinandersetzen müssen. Denn es trifft nicht nur Thunberg, sondern zahlreiche Frauen, die mit ihrer Forschung oder ihrer Politik notwendiges Handeln gegen den Klimawandel

²² https://twitter.com/Die_Insider/status/1176787357736951808

²³ <https://www.tageschau.de/faktenfinder/feindbild-greta-thunberg-101.html>

offenlegen. Betroffene Wissenschaftlerinnen erzählen von Vergewaltigungsdrohungen, von Beschimpfungen wie „Klima-Barbie“ oder „hässliche Fake-Wissenschaftlerin“.²⁴ Die progressive demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, die sich für einen Green New Deal starkmacht, wird immer wieder von ihren GegnerInnen als dumm oder einfältig dargestellt.²⁵ Nachdem Neuseelands Premierministerin Jacinda Ardern mehr Anstrengungen von Australien gegen die Klimakrise gefordert hatte, schlug ein australischer Radiomoderator vor, ihr eine Socke in den Hals zu stecken.²⁶ Warum sind gerade Greta Thunberg und andere Frauen, die sich im Kampf gegen den Klimawandel engagieren, so häufig Ziel sexistischer Angriffe? Von wem kommen sie? Welche politische Ausrichtung steht dahinter und mit welchen Positionen deckt sich diese?

24 <https://www.scientificamerican.com/article/as-climate-scientists-speak-out-sexist-attacks-are-on-the-rise/>

25 <https://www.salon.com/2019/08/30/misogyny-meet-hypocrisy-climate-deniers-go-after-aoc-greta-thunberg-with-sexist-attacks/>

26 <https://theconversation.com/green-with-rage-women-climate-change-leaders-face-online-attacks-123155>

27 <https://www.themarysue.com/greta-thunberg-harassment-online/>

28 Sky News Australia, <https://www.youtube.com/watch?v=UDXKTXuM2TY>

29 <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/1205100602025545730>

SEXISTISCHES MUSTER

Eine genauere Betrachtung der Angriffe zeigt zunächst: Auch wenn sie auf den ersten Blick vielfältig erscheinen, folgen sie doch zumeist einem sexistischen Muster. Greta Thunberg wird beispielsweise immer wieder als „hysterisch“ oder „schrill“ bezeichnet.²⁷ Der australische Sky-News-Kommentator Chris Kenny nannte sie einen „hysterischen Teenager“, um den man sich kümmern müsse.²⁸ Der US-Präsident empfahl ihr zu „chillen“, sie müsse „an ihrem Aggressionsbewältigungsproblem arbeiten“, so Donald Trump in einem Tweet Ende 2019.²⁹

Heute wird „Hysterie“ zwar nicht mehr als sexistisches Krankheitsbild verstanden, als dessen Auslöser bereits in der Antike das „Umherwandern der Gebärmutter“ genannt wurde, wenn eine Frau sich ihrer angeblichen Bestimmung verweigerte, schwanger zu sein. Als Symptome galten bis ins 20. Jahrhundert extreme Stimmungsschwankungen,

Gefühlsausbrüche oder Ohnmachtsanfälle. Im alltäglichen Sprachgebrauch hält der Begriff sich allerdings auch heute noch, „Klimahysterie“ schaffte es in Deutschland 2019 sogar zum „Unwort des Jahres“. Frauen Hysterie oder Überreaktion vorzuwerfen, ist eine bekannte sexistische Strategie, die gerne gegen Platz beanspruchende Frauen gerichtet wird, wenn sie dem männlichen Gegenüber zu weit gehen. Damit werden sie als unzurechnungsfähig und irrational dargestellt, ihre Forderungen oder Anliegen diskreditiert.

In eine ähnliche Kerbe schlägt auch der Vorwurf, Thunberg könne nicht eigenständig denken und würde von jemand anderem zum Kampf gegen den Klimawandel „missbraucht“ werden. Immer wieder werden in diesem Zusammenhang etwa ihre Eltern genannt, die Grünen oder eine PR-Maschinerie. Auch das Wahnbild einer jüdischen Weltverschwörung wird immer wieder bemüht, etwa durch Nennung von George Soros und der Familie Rothschild. Selbst wenn Kritik an der Inszenierung Thunbergs zum Teil berechtigt sein kann, handelt es sich auch hier um ein typisches Label, das angeblich zu präsenze, zu laute Frauen zum Schweigen bringen und deren Glaubwürdigkeit in Frage stellen soll. Die Angriffe stehen auch im Zusammenhang mit Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Behinderung: Denn wenn gefordert wird, Thunberg – die mit dem Asperger-Syndrom lebt – vor sich selbst zu schützen, und ihr unterstellt wird, sie werde manipuliert, wird damit deutlich, dass es für diese KritikerInnen offenbar immer noch unvorstellbar ist, dass Menschen mit Behinderung bzw. gesundheitlicher Beeinträchtigung selbst komplex und gesellschaftskritisch denken können.

Auch aufgrund ihres Alters wird Thunberg angegriffen, immer wieder fällt in diesem Zusammenhang etwa die Bezeichnung „Göre“. Auch hier ist Sexismus im Spiel, fehlt doch ein Ausdruck, der ebenso negativ konnotiert

ist für Buben, die Selbstbewusstsein erkennen lassen. Dahinter steckt ein teils autoritäres Gesellschaftsbild, in dem Kinder und Jugendliche das Reden und „die wichtigen Dinge“ lieber den Erwachsenen überlassen sollen. Gerade im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist diese Kritik fatal: Denn wen, wenn nicht junge Menschen, wird der Klimawandel, dessen Konsequenzen die EntscheidungsträgerInnen mit ihrer Politik mitverantworten, betreffen?

Nach Thunbergs wütender Rede im Rahmen der UNO-Generalversammlung, in der sie der Weltgemeinschaft vorwarf, ihr mit dem Nicht-Handeln in der Klimakrise ihre Träume und Kindheit gestohlen zu haben,³⁰ schrieb US-Präsident Trump sarkastisch auf Twitter, dass Thunberg wie ein „sehr glückliches junges Mädchen“ wirke, das sich auf eine „strahlende und wunderbare Zukunft freut“.³¹ Dies steht ebenfalls in Zusammenhang mit der sexistischen Vorstellung von Frauen, die immer lächeln, immer ruhig und brav sein sollen. Eine Vorstellung, die Frauen zu Objekten degradiert, die gefallen müssen.

KRITIK AUF INHALTLICHER EBENE FEHLT

Thunberg, Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen, die sich für Klimaschutz engagieren oder dazu forschen, stützen sich nicht auf Vermutungen oder halb wahre Studien, die Fakten zum Klimawandel liegen schließlich bereits seit Jahren auf dem Tisch. Die Treibhausgasemissionen steigen weltweit an, eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Wer wie Greta Thunberg darauf aufmerksam macht, dass es gefährlich ist, es sich zu bequem zu machen, kann schwer auf inhaltlicher Ebene kritisiert oder angegriffen werden. Deshalb weisen ihre KritikerInnen auf vermeintliche Doppelstandards

30 AFP News, <https://www.youtube.com/watch?v=2lWJLwbfNo0>
31 <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/1176339522113679360>

oder Heuchelei in ihrer Lebensweise hin – etwa dass sie einmal Toast aus einer Plastikfolie gegessen hat – oder werden schlicht untergriffig. Konkret lassen sich mit den Angriffen zwei Ziele erreichen: Sie schaffen eine vermeintliche Rechtfertigung, die Botschaft nicht ernst nehmen zu müssen. Zugleich lässt sich damit vom eigenen klimaschädigenden Verhalten und vom großen Ganzen ablenken, indem die oft komplizierte Debatte durch leicht verdauliche Diskussions-Happen in Form von Untergriffen ersetzt wird.

Die Attacken kommen häufig von Männern. Studien zufolge ist „Klimaskepsis“ eine von Männern dominierte Perspektive, sie akzeptieren wissenschaftliche Schlussfolgerungen zum menschengemachten Klimawandel weniger häufig als Frauen und überschätzen ihr Wissen bei dem Thema öfter.³² In den USA zeigte sich zudem am Beispiel des ehemaligen demokratischen Vizepräsidenten Al Gore, dass Klimaschutz-Positionen zunehmend mit Weiblichkeit identifiziert wurden, um sie zu delegitimieren. Auch auf ihn als Mann prasselten Vorwürfe nieder, die ansonsten Teil sexistischer Angriffe auf Frauen sind. Bei ihm ging es etwa plötzlich um sein Aussehen, seine Körperfigur wurde kritisiert.³³ Er wurde außerdem als verrückt³⁴ bezeichnet und ihm wurde vorgeworfen, er wolle mit dem Thema nur Aufmerksamkeit erhalten.³⁵

VERÄNDERUNG WIRD ALS BEDROHUNG WAHRGENOMMEN

Nicht nur an der Reaktion „klimawandelskeptischer“ Männer auf den Kampf gegen den Klimawandel, sondern auch wenn feministische, antirassistische Ziele umgesetzt werden könnten, merkt man: Veränderung wird besonders von jenen als Bedrohung wahrgenommen, die eine dominante Stellung und Privilegien innehaben oder

³² <https://www.scientificamerican.com/article/as-climate-scientists-speak-out-sexist-attacks-are-on-the-rise/>

³³ <https://www.motherjones.com/environment/2013/04/al-gore-fat-global-warming/>

³⁴ <http://mediamatters.org/al-gore/right-wing-pundits-play-doctor-diagnose-gore-insane>

³⁵ <https://www.salon.com/2018/11/08/south-park-apologizes-to-al-gore-and-admits-it-was-wrong-about-global-warming/>

davon ausgehen, dass ihnen diese (in Zukunft) zustehen. Sie sehen ihre Identität, Position, Macht, Rechte und schließlich ihre eigene Männlichkeit in Gefahr. „Make America Great Again“, Donald Trumps Wahlkampfeslogan, glorifiziert die „gute alte Zeit“ – die allerdings zumeist nur für weiße wohlhabende Männer so großartig war, die ihren eigenen Wohlstand auf der Ausbeutung anderer aufbauten, etwa auf der Benachteiligung von Schwarzen, Frauen und MigrantInnen.³⁶

Neben Arbeitsplätzen oder gleicher Bezahlung, die Nicht-Weiße und Frauen nun vielfach für sich reklamieren, neben den eigenen Vorstellungen von Männlichkeit, die zuletzt durch die #MeToo-Bewegung ins Wanken gerieten, dürfe man(n) jetzt nicht einmal mehr mit dem Auto fahren, ohne als „Klimasünder“ gebrandmarkt zu werden. Es geht um eine „bestimmte Art einer modernen, industriellen Gesellschaft, geschaffen und dominiert von ihrer Form von Männlichkeit“, die sie in Gefahr sehen, schreiben Jonas Anshelm and Martin Hultman über schwedische „Klimaskeptiker“ 2014.³⁷ Demnach nehmen „Klimaskeptiker“ Anstrengungen gegen die Klimakrise als eine ebenso große Bedrohung für die Zivilisation und die Zukunft der Menschheit wahr wie die Folgen des Klimawandels selbst.

36 <https://www.nytimes.com/2016/05/16/opinion/campaign-stops/make-america-great-again-for-the-people-it-was-great-for-already.html>

37 Anshelm, Hultman (2014): A green fatwā? Climate change as a threat to the masculinity of industrial modernity, <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/18902138.2014.908627?journalCode=rnor20>

POLITISCHE FOLGEN

Was hat dieses Denken, was haben die sexistischen Angriffe auf Klimaaktivistinnen für konkrete politische Auswirkungen? US-Präsident Donald Trump stieg bereits 2017 aus dem Pariser Klimaabkommen aus, mit langfristigen Folgen auch für den Rest der Welt. Was 2015 vereinbart wurde, enthielt zum ersten Mal umfassende und konkrete Ziele, etwa die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu halten und die Netto-Treibhausgasemissionen in der

zweiten Jahrhunderthälfte auf null zu reduzieren. Auch wenn die Ziele freiwillig festgeschrieben waren und es keine Sanktionsmöglichkeiten gab, sollte ein Land hinter seine Selbstverpflichtung zurückfallen, handelte es sich dennoch um einen Meilenstein im globalen Kampf gegen die Klimakrise, da das Abkommen weltweit unterstützt wurde.

Mit dem Ausstieg der USA verlor die Vereinbarung jedoch den zweitgrößten Emittenten von Treibhausgasen und ökonomisch gewichtigsten Partner. Donald Trump stellte damit zudem alle bisherigen globalen Klimaschutzaktivitäten sowie das jahrzehntelange Ringen um eine gemeinsame Linie in Frage und säte Zweifel bei all jenen, die sich noch dazu bekannten. Die Entscheidung hatte auch finanzielle Auswirkungen: Der zuvor zugesagte finanzielle Beitrag der USA von drei Milliarden US-Dollar zur Unterstützung klimarelevanter Aktivitäten zur Anpassung und Abschwächung der Folgen in Entwicklungsländern fiel damit weg.

Für Europa haben WissenschaftlerInnen des Thinktanks Adelphi im Jahr 2019 Wahlprogramme rechts-populistischer Parteien, öffentliche Äußerungen der Parteispitzen, Pressemitteilungen und das Verhalten bei Abstimmungen im Europaparlament untersucht.³⁸ Die Studie zeigt: Sieben von 21 rechtspopulistischen Parteien leugnen den Klimawandel, seine menschengemachten Ursachen oder negativen Folgen. „Sie leugnen, dass es ausreichend Wissen über Klimazusammenhänge gibt. Sie stellen die Klimawissenschaft grundsätzlich in Frage und damit auch einfachste Gesetzmäßigkeiten der Thermodynamik. In der Rhetorik rechtspopulistischer Parteien wird Klimapolitik zur wirtschaftsfeindlichen Politik wissenschaftlicher Eliten stilisiert“, sagte Alexander Carius von Adelphi dazu.³⁹

Weitere elf rechtspopulistische Parteien haben entweder keine klare Positionierung in der Klimafrage oder messen dieser deutlich weniger Bedeutung bei als anderen Politik-

38 Schaller, Carius (2019): Convenient Truths. Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe, <https://www.adelphi.de/de/publikation/convenient-truths>

39 <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimawandel-interview-1.4345073>

feldern. Nur drei der 21 Parteien werden in der Studie als „zustimmend“ bei Maßnahmen gegen den Klimawandel angesehen.

KONSEQUENT GEGEN KLIMASCHUTZMAßNAHMEN

Zwei von drei rechtspopulistischen EU-Abgeordneten stimmen regelmäßig gegen klima- und energie-politische Maßnahmen. Im Europäischen Parlament kommt die Hälfte aller Gegenstimmen bei Resolutionen zu Klima und Energie aus dem rechtspopulistischen Parteienspektrum: In den vergangenen Jahren stimmte die AfD im Europaparlament gemeinsam mit Parteien wie der österreichischen FPÖ, der italienischen Lega (Nord), der niederländischen PVV, der britischen Ukip und dem französischen Rassemblement National konsequent gegen Klimaschutzmaßnahmen.

Dass die FPÖ sich in dieses Bild einfügt, illustriert die Studie unter anderem mit Zitaten des damaligen Parteichefs Heinz-Christian Strache, der etwa sagte, dass „der Klimawandel immer selbstverständlich stattgefunden hat“, Grönland bereits „einmal ein grünes Land mit Weinanbau“ gewesen sei und man die Erderwärmung ohnehin „angesichts zunehmender Sonneneruptionen und einer Erwärmung der Sonne nicht korrigieren“ könne.⁴⁰ Früher ging die Partei noch deutlich weiter: Im Juli 2015 bezeichnete die damalige FPÖ-Umweltsprecherin Susanne Winter Studien, die den vom Menschen verursachten Klimawandel beweisen, als „ideologische Pseudowissenschaft“. Der „angeblich vom Menschen gemachte Klimawandel“ sei eine „Klima-Religion“ und die „ganze angebliche Klima-Problematik (...) ein einziges mediales Lügengebäude, das zum Einsturz gebracht werden muss!!!“.⁴¹

Nach der Regierungsbeteiligung zwischen 2017 und 2019

40 Ö1-Mittagsjournal vom 3. Juni 2017, online nicht mehr abrufbar, zitiert: <https://www.faktistfakt.com/faktencheck/groenlandwein/>
41 <https://www.derstandard.at/story/2000018839122/fpoe-umweltsprecherin-winter-nennt-klimawandel-luegengebaeude>

wurde den Freiheitlichen allerdings eine „freundlichere Sprache“ zum Thema attestiert. Im Oktober 2018 sagte der damalige FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker etwa, dass alle Parteien, auch die FPÖ, Klimaschutz als Ziel hätten. Nur die Wege dorthin würden sich unterscheiden.⁴²

Die mittlerweile wieder oppositionelle FPÖ befindet sich derzeit eher in einer „Ja, aber“-Haltung, was Klimaschutz betrifft. Betont wird immer wieder, dass die Partei Klimaschutz grundsätzlich begrüße, zugleich wird aber etwa „bei allen Vorhaben der Hausverstand“ eingemahnt. CO₂-Steuern sowie autofreie Stadtbereiche in Wien wird deshalb eine Absage erteilt.⁴³ Parteichef Norbert Hofer unterstützt „vernünftige Maßnahmen“, warnt aber unter Rückgriff auf das bekannte sexistisch aufgeladene Motiv vor einer „Klimahysterie“, die das Land nicht weiterbringe.⁴⁴ In ihrem Wahlprogramm von 2019 sprach sich die FPÖ für einen umfangreichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die bestmögliche Nutzung heimischer Energiequellen, sowie für eine Offensive bei der E-Mobilität aus. In der Verkehrspolitik müsse der Umweltschutz „mitgedacht“ werden, man dürfe den Verkehr aber „nicht um jeden Preis unterdrücken“.

FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch bezeichnete das Klimaschutzvolksbegehren als „realitätsfremd und demokratiepolitisches Himmelfahrtskommando“. In einer in der Verfassung verankerten Pflicht zum Klimaschutz sieht er eine „Klimadiktatur“.⁴⁵ Auch aus der FPÖ kamen zahlreiche direkte Angriffe auf Klimaaktivistin Thunberg, Hofer warnte etwa vor dem Klima-Kriegsrecht und einer „Zöpferl-Diktatur“.⁴⁶ Auf einem FPÖ-Plakat hieß es: „Jeder Grashalm tut mehr für das Klima als Greta Thunberg“.⁴⁷ Die FPÖ-nahe Wochenzeitung „Zur Zeit“ bezeichnete sie auf Facebook als „psychisch krank“ und mit einem Verweis auf ihr Aussehen als „schwedische Göre mit dem sauertöpfischen Gesicht“, ihre AnhängerInnen als „Klima-Deppen“.⁴⁸

⁴² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181018_OTS0239/opposition-regierung-bei-umwelt-und-klimaschutz-saeumig

⁴³ <https://www.fpoe.at/artikel/wir-sind-das-politische-gegengewicht/>

⁴⁴ <https://www.fpoe.at/en/artikel/vernuenftige-massnahmen-statt-hysterie-zum-klimaschutz/>

⁴⁵ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200623_OTS0201/fpoe-rauch-zu-klimavolksbegehren-himmelfahrtskommando-ohne-hausverstand

⁴⁶ <https://www.derstandard.at/story/2000109151288/der-klimaschutz-und-die-zoeperl-diktatur>

⁴⁷ <https://www.facebook.com/FPOESteiermark/posts/2428678780515114/>

⁴⁸ <https://www.derstandard.at/story/2000104149433/psychisch-krank-goere-fpoe-nahe-zur-zeit-beschimpft-thunberg-und>

Sich auf „Vernunft“ und „Hausverstand“ zu berufen, wie Hofer es in der Debatte tut, macht eine Parallele in der Argumentation gegen Feminismus und Klimapolitik deutlich. Denn auch wenn es darum geht, feministische Ideen zu diskreditieren, wird dieses angeblich selbstverständliche und logische Denken eingemahnt – das in Wahrheit aber vor allem darauf beruht, tradierte Rollenbilder möglichst unhinterfragt weiterzuführen. Diese Form der Argumentation wurde zu einer generellen Begründungsfigur gegen progressive Politik.

KOMPLIZIERTE ANTWORTEN UND HISTORISCHE SCHULD

Doch warum ist es für RechtspopulistInnen schwer, sich für Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen? Wieso finden sich in deren Reihen viele KlimawandelleugnerInnen? Und wieso setzen auch sie auf untergriffige Attacken gegen Aktivistinnen? Die Antworten auf die Klimakrise sind kompliziert und würden allen etwas abverlangen. Den Klimawandel zu bekämpfen würde bedeuten, in der Kategorie Menschheit, nicht in der Kategorie Volk zu denken. Staaten müssten Souveränität abgeben, einander helfen und kooperieren. Internationale Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinaus wäre notwendig. Das passt nicht ins wahlarithmetische Beuteschema der RechtspopulistInnen. Viel einfacher ist es, Menschen als fremd zu brandmarken. Oder als anders und hysterisch, so wie bei Greta Thunberg.

Hier wird eine weitere Parallele zum antifeministischen Engagement der RechtspopulistInnen deutlich: Sich für feministische Ziele und Gleichberechtigung fördernde Maßnahmen einzusetzen würde bedeuten, die aktuelle Situation als falsch und den Weg, der zu ihr geführt hat, als fehlerbehaftet anzuerkennen.

Auch die Anerkennung des menschengemachten Kli-

mawandels würde bedeuten, Fehler der Vergangenheit einzugestehen – und die Verantwortung der Industrieländer einzuräumen. Deren Wohlstand und Konsumverhalten verursachen die größten Klimaschäden vor allem bei denen, die kaum vom Reichtum des Zeitalters fossiler Energien profitierten. Unter Dürren, Sturmschäden und steigendem Meeresspiegel leiden vor allem die BewohnerInnen des globalen Südens, die schon unter dem historischen Kolonialismus litten. Das macht den Klimawandel zu einem „generationenübergreifenden ökologischen Kolonialismus“.⁴⁹

Unter diesen Umständen kann das klassisch rechte Narrativ „Die nehmen uns was weg“ nicht funktionieren, denn das Gegenteil ist der Fall. Deshalb werden jene, die sich für den Kampf dagegen einsetzen, lieber einfach diskreditiert. Sonst müsste man die historische Schuld anerkennen – und damit die moralische Pflicht zur Wiedergutmachung.

49 <https://taz.de/Debatte-Rechte-Klimaleugner/15572372/>

NR. 1

Der Wiener Frauenpreis -
Frauen sichtbar machen

NR. 2

Trotz Arbeit arm
Frauen und Segregation am Arbeitsmarkt

NR. 3

„Die Wohnung ist nur eine Schutzdecke“
Wohnungslosigkeit von Frauen in Wien

NR. 4

Bild.macht
Sexismus in der Werbung.
Analysen & Strategien

NR. 5

Partizipation: Herausforderung und Potenzial
Politische und gesellschaftliche Teilhabe von
Wienerinnen mit Migrationshintergründen

NR. 6

Bewegte Geschichten.
Von kämpfenden, rennenden und
schwitzenden Frauen

NR. 7

#meToo
Die Debatte aus österreichischer Perspektive

NR. 8

Pro- statt Anti-Feminismus
Beiträge aus den Netzwerktreffen 2017-2019

NR. 9

Schwangerschaftsabbruch
im gesellschaftlichen Diskurs

NR. 10

Klima & Geschlecht
Warum Klima(politik) gender-relevant ist